

Für einen sozial-ökologischen Umbau unserer Stadt!

Münster

auf LINKS!

DIE LINKE.

Kreisverband Münster



Wahlprogramm der Partei DIE LINKE zur Kommunalwahl 2020 in Münster

INHALT

I. Münster auf LINKS - Für einen sozial-ökologischen Umbau unserer Stadt!.....	5
Wofür DIE LINKE in Münster steht:.....	5
Guter Wohnraum für Alle,	5
Mitbestimmung im Quartier!	5
II. Soziale Gerechtigkeit und Teilhabe.....	6
Armut und Reichtum in Münster	6
Sanktionsfreie Mindestsicherung statt Hartz IV, Sozialhilfe und Grundsicherung	6
Verkehrsinfarkt stoppen,	6
nachhaltig voran kommen	6
Für eine nachhaltige und ökologische Stadt.....	6
Münster: Zufluchtsstadt und sicherer Hafen	6
Der „Münster-Pass“ -	7
Das Sozialticket verteidigen und weiterentwickeln	7
Pflegenotstand stoppen -	8
Menschenwürde vor Profite!	8
Inklusion für Menschen mit Behinderung heißt Selbstbestimmung und Teilhabe	9
Senioren – Partizipation und	10
Selbstbestimmung bis ins hohe Alter	10
Kitas stärken – sozial von Anfang an.....	10
Sport in der Breite bedeutet	11
Teilhabe und Gesundheit.....	11
Familien, Kinder und Jugendliche sozial absichern	12
III. Gutes Wohnen in einer Stadt für alle	13
Recht auf unsere Stadt – Vielfältig und bezahlbar statt gentrifiziert	13
Stoppt den Mietenwahnsinn – Bezahlbarer Wohnraum für alle	14
Wohn+Stadtbau stärken – Wohnraum demokratisch kontrollieren	15
IV. Umwelt und Klima retten, statt grünen Kapitalismus predigen	16
Ökologischer Umbau und echte Energiewende ..	17
Produktion vor Ort. Kurze Wege, fairer Handel...	18
Landwirtschaft ökologisch nachhaltig gestalten	18
Tierrechte stärken – Keine Profite mit Tierleid! ..	18
Flächen gerecht und ökologisch nutzen	19
Mobilität ist Menschenrecht	19
ÖPNV – Nahverkehr für alle,	20
zuverlässig und fahrscheinfrei.....	20
Rad- und Fußverkehr in einer Stadt der kurzen Wege	21
Ja zur autofreien Innenstadt!	21
Verkehrswende endlich richtig machen.....	21
Pendel- und Lieferverkehr verlagern und reduzieren	22
V. Sicherer Hafen Münster - Refugees welcome!.....	22
Bleiberecht und dezentrale Unterbringung von Geflüchteten.....	22
Integration: Für ein gleichberechtigtes und solidarisches Miteinander in Münster	23
VII. Für ein friedliches Münster gegen Militär, Krieg und Faschismus!	23
Friedensstadt Münster!?	23
Keinen Fußbreit dem Faschismus für ein solidarisches Münster	24
VIII. Gute Arbeit, gute Löhne, solidarische Wirtschaft	25
IX. Für eine feministische Stadt!	26
Emanzipatorische Kämpfe verbinden!	26
X. Bildung und Kultur für eine lebenswerte Stadt.....	27
Gute Schulbildung unabhängig vom Geldbeutel .	27
Studis aller Fächer vereinigt euch – für Hochschulen jenseits der Profitlogik	27
XI. Demokratie selber machen	28
Echte Demokratie von unten - Im Parlament und auf der Straße	28
Bildung kennt kein Alter - Erwachsenenbildung stärken	28
Kulturelle Freiräume verteidigen, statt Leuchtturmprojekte fördern	28
Bürgermedien - Die vierte Gewalt demokratisch und von unten	29
Digitalisierung sozial gerecht und demokratisch nutzen - Technologie nicht den Konzernen überlassen	29
Smart City – Die digitale Stadt von morgen darf niemanden zurücklassen	30
Religion und Staat trennen, religiöse Minderheiten schützen	31
Ehrenamtliches Engagement stärken, Ausbeutung verhindern	31
XII. Demokratisch planen, gerecht finanzieren	31
Kommunale Finanzen stärken, statt Münster kaputtsparen	31
Ein neuer Stadtteil für Münster!? Wachstumsschmerz oder Aufbruch zu neuen Ufern?	32
Leben, Arbeiten und Wohnen in der Region -	32
Das Münsterland.....	32

I. Münster auf LINKS - Für einen sozial-ökologischen Umbau unserer Stadt!

Liebe Münsteraner*innen,

unsere Stadt wurde mehrfach bei Studien und Wettbewerben als besonders lebenswert ausgezeichnet. Eine Vielzahl kultureller Angebote, oftmals gute und wohnortnahe Gesundheitsversorgung und ein für deutsche Städte verhältnismäßig gutes Radwegenetz haben zu diesen Bewertungen beigetragen. Viele Menschen leben gerne in Münster und schätzen die Vielfalt und die Bildungsmöglichkeiten durch Universität und FH, egal ob sie nur für ein paar Jahre hier sind oder für ein Leben lang. Doch auch in Münster gibt es zahlreiche Probleme, oft auch aufgrund der Untätigkeit der regierenden Ratskoalition aus CDU und Grünen: So können sich immer weniger Menschen die rasant steigenden Mieten in der Innenstadt noch leisten und werden teilweise in die umliegenden Orte oder an den Stadtrand verdrängt. Unter anderem deshalb müssen viele von weit außerhalb zur Arbeit in die Stadt pendeln. Dies führt dazu, dass die Straßen immer mehr von flächenfressenden und lärmenden Autos verstopft sind, da es aufgrund eines langsamen, teuren und unzureichend ausgebauten Nahverkehrs kaum gute Möglichkeiten gibt anders in und durch die Stadt zu kommen. Auch in anderen Bereichen macht sich die räumliche Trennung von Arm und Reich bemerkbar. In manchen Stadtteilen liegt die Quote von Kindern, die von Hartz IV und damit in Armut leben und aufwachsen müssen schockierenderweise deutlich über 40%. Ganze Teile der Stadtgesellschaft werden hier gesellschaftlich abgehängt und von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen.

Wofür DIE LINKE in Münster steht:

Wir treten der weiteren gesellschaftlichen Spaltung in Arm und Reich entschieden entgegen und setzen uns für einen sozial gerechten und ökologischen Umbau der Stadt ein um die Auswirkungen der Klimakatastrophe zu begrenzen. Die schwarz-grüne Ratsmehrheit hat hierzu leider keine ausreichenden Konzepte entwickelt sondern steht stattdessen für eine weitere Vertiefung der sozialen Spaltung und mangelnden Mut eine nachhaltige und ökologische Politik zu gestalten. DIE LINKE. Münster kämpft für einen grundsätzlichen Politikwechsel und eine sozialere, eine friedliche und solidarische sowie eine ökologische und emanzipatorische Stadtgesellschaft. Im Mittelpunkt müssen die Interessen der breiten gesellschaftlichen Mehrheit stehen und nicht die Profitinteressen von Wirtschaftsbossen und Immobilienbesitzern.

Großartigerweise gibt es in Münster eine aktive und engagierte Stadtgesellschaft, die sich einmischt und für ein solidarisches Miteinander eintritt. Auf diese Weise wurde beispielsweise trotz schwarz-grüner Mehrheit die Einrichtung einer Abschiebebehörde verhindert und Münster durch massiven öffentlichen Druck mit Hilfe eines Bürgerbegehrens der Seebrücke zum sicheren Hafen erklärt. Auch bei Protesten gegen die AfD zeigt sich immer wieder der bemerkenswerte Einsatz der Münsteraner*innen, durch den ein Fuß

fassen dieser rassistischen und menschenfeindlichen Partei weitgehend unterbunden wurde. Als LINKE in Münster waren wir bei all diesen Protesten dabei. Denn wir wissen, dass gelebte Demokratie für eine soziale Stadt unerlässlich ist und kämpfen daher als aktivistische Mitmachpartei sowohl in den Parlamenten als auch auf der Straße für eine bessere Zukunft.

In diesem Kommunalwahlprogramm wollen wir aufzeigen, welche Ideen wir für ein sozialeres, ökologischeres und gerechteres Münster haben. Dabei haben wir viele Vorschläge, die ohne Probleme kurzfristig umgesetzt werden könnten und schon viel verbessern würden, sofern es die politischen Mehrheiten im Stadtrat dafür gäbe. Einige Probleme lassen sich jedoch auch nur auf Landes- oder Bundesebenen lösen. Wo dies der Fall ist machen wir das transparent, glauben aber nicht, dass damit die Hoffnung verloren ist. Unserer Meinung nach müssen wir als Stadt auch auf höheren Ebenen unsere Stimme erheben und aktiv Veränderungen einfordern. Da viele Städte unter ähnlichen Problemen leiden, sollten wir daher auch unseren Einfluss in Gremien wie dem Deutschen Städtetag oder Regionalverbänden nutzen. Im Folgenden stellen wir kurz einige der drängendsten Probleme dar und wie wir sie angehen möchten. Wer tiefer einsteigen möchte findet zu jedem Thema auch noch ein ausführliches Kapitel. Es lohnt sich reinzuschauen! Wir freuen uns jederzeit über Fragen, Anregungen und Ideen. Termine, Mitmach- und Kontaktmöglichkeiten findet ihr unter:

www.die-linke-münster.de.

Guter Wohnraum für Alle, Mitbestimmung im Quartier!

Mit dem Problem der explodierenden Mieten ist Münster nicht allein. In vielen Großstädten steigen diese und werden für viele Menschen schlicht unbezahlbar. Vor allem seit der Bankenkrise von 2008 wird auch die Stadt Münster von einer Fluchtwelle des Kapitals überrollt, einer Flucht in das sicher geglaubte „Betongold“. Die steigende Nachfrage nach Immobilien treibt die Preise hier ebenso in die Höhe wie die steigende Nachfrage durch Zuzug bei gleichzeitig völlig unzureichender Schaffung bezahlbaren Wohnraums. Mit einem Durchschnittseinkommen sind viele Viertel mittlerweile unbezahlbar. Da Münsters Einwohnerzahl zudem auf absehbare Zeit weiter steigt, scheint ein Ende dieser Entwicklung bei den Immobilien- und Mietpreisen nicht absehbar. Da hilft es wenig, wenn von der Politik der Markt als Lösungsinstrument beschworen wird, wo doch gerade der zunehmend unregulierte Wohnungsmarkt zu dieser Misere geführt hat. Wir sind der Meinung: Menschen müssen es sich leisten können, in der Stadt zu wohnen, in der sie arbeiten! Wohnen gehört zur Daseinsvorsorge und die Politik muss sich um die Interessen der Mieter*innen kümmern, statt um die der Immobilienbesitzer, die vom „weiter so“ in der Wohnraumpolitik profitieren. Die Schwarz-Grüne Ratskoalition hat unterdessen An-

deres im Sinn, wie sich in der Vergangenheit durch monate-, teils jahrelange Diskussionen um ein neues Einkaufszentrum, bekannt als E-Center, im bereits völlig ausreichend mit Einzelhandel versorgten und von Verkehr überlasteten Hafenviertel oder über den Bau eines vollkommen überdimensionierten und millionenschweren Musik-Campus gezeigt hat.

Verkehrsinfarkt stoppen, nachhaltig voran kommen

Gering- und Durchschnittsverdiener werden durch die Entwicklung der Mietpreise zunehmend aus der Stadt, in die ländlichen Randgebiete um Münster und ins Umland gedrängt. Entsprechend stehen 43.000 Menschen, die täglich Münster verlassen, um zu ihrem Arbeitsplatz zu kommen, 100.000 Menschen gegenüber, die in die Stadt zu ihrem Arbeitsplatz fahren müssen. Da nützt es auch nicht viel wenn das Stadtmarketing auf Münster als Fahrradstadt verweist, denn Münster ist auch Autostadt. Bei der Entwicklung einer umweltfreundlichen Transportstrategie für die steigenden Pendelbewegungen in den kommenden Jahren und Jahrzehnten hat auch hier die so genannte „Gestaltungsmehrheit“ von CDU und Grünen nichts vorzuweisen, um den kommenden Verkehrskollaps aufzuhalten. Statt Maßnahmen zu ergreifen, um die Stadt für Fußgänger und Radfahrer attraktiver zu gestalten, sollen Straßen wie der Albersloher Weg für Autos weiter ausgebaut werden, um den Staus Herr zu werden. Dies geht mit immer weiter steigendem Lärm und Stress für die Bewohner*innen einher.

Eine vernünftige und sozialverträgliche Stadtplanung sieht anders aus. Um der Klimakrise Herr zu werden, muss der öffentliche Nahverkehr in den kommenden Jahren massiv ausgebaut werden und der motorisierte Individualverkehr demgegenüber eingeschränkt werden. Ein erster Schritt wäre es den Bereich innerhalb des Promenadenringes autofrei zu gestalten und Radfahrern, Fußgängern und Busverkehr in unserer Stadt den absoluten Vorrang zu geben. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Münsteraner*innen den Bus unentgeltlich nutzen können, damit Nachhaltigkeit sozial verträglich wird. Armut bekämpfen, Teilhabe ermöglichen Bei der sozialen Gerechtigkeit gehen in Münster Anspruch und Wirklichkeit leider in vielen Bereichen weit auseinander: Wachsende Obdachlosigkeit, lange

Schlangen vor den Tafeln oder nach Pfandflaschen suchende Menschen gehören heute zum Stadtbild. Daher sollten wir alle Möglichkeiten nutzen, um Menschen zu unterstützen die von Armut und Ausgrenzung betroffen sind. Dazu gehört der Stopp aller repressiven Maßnahmen und Sanktionen im Jobcenter, die Aussetzung von Zwangsumzügen sowie ein Ausbau der Wohnungslosenhilfe. Außerdem setzen wir uns für einen Ausbau des Münster-Passes ein sowie eine personelle und finanzielle Aufstockung der unabhängigen Sozialberatungen.

Für eine nachhaltige und ökologische Stadt

Sozialer und ökologischer Wandel gehören zusammen. Nun, da auch Münster die Lage erkannt und den Klimanotstand ausgerufen hat, müssen Taten folgen. Neben dem Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und der Radwege gibt es dabei noch viele weitere Stellen an denen Münster konkret ansetzen kann, ob bei der Landwirtschaft, der Energieversorgung oder der Rettung des Aasees. So sollten die Stadtwerke die Bevölkerung möglichst schnell mit 100 % Ökostrom beliefern. Dazu beitragen kann zum Beispiel die Ausstattung öffentlicher Gebäude mit Solaranlagen. Auch Dachflächen und Fassadenbegrünungen und die Pflanzung von Bäumen sind Maßnahmen die sofort angegangen werden könnten. Auf landwirtschaftlichen Flächen, die die Stadt Münster verpachtet, sollte Pestizidfreiheit zum Standard werden, die biologische und lokale Nahrungsmittelproduktion ist zu fördern.

Münster: Zufluchtsstadt und sicherer Hafen

Auch in der Flüchtlingspolitik liefert Schwarz-Grün ein trauriges Bild ab. So haben CDU und Grüne im Rat zwei Mal – im September 2018 und im Mai 2019 – dagegen gestimmt, Münster im Rahmen ihrer kommunalen Möglichkeiten zu einem „sicheren Hafen“ zu machen und in Seenot gerettete Menschen aufzunehmen – zusätzlich zu den der Stadt zugewiesenen Asylsuchenden. Erst ein von der Initiative Seebrücke gestartetes Bürgerbegehren brachte die Ratskoalition hier zum Umdenken. Man musste den Eindruck gewinnen, dass den Grünen hier der Koalitionsfrieden wichtiger war, als ihre eigenen inhaltlichen Positionen zur Behandlung von Schutzsuchenden.

II. Soziale Gerechtigkeit und Teilhabe

Armut und Reichtum in Münster

Münster bekam 2004 den Titel „lebenswerteste Stadt der Welt“ verliehen. Doch Anspruch und Wirklichkeit gehen weit auseinander. Menschen, die in Mülleimern nach Pfandflaschen suchen, wachsende Obdachlosigkeit und lange Schlangen vor den Einrichtungen der Tafeln gehören heute zum Stadtbild. Die Schere zwischen Arm und Reich geht auch in Münster immer weiter auseinander. In der reichen Stadt Münster gilt jedes 5. Kind als arm oder von Armut bedroht. Armut bedroht aber nicht nur die ökonomische Existenz, sondern bedeutet für die betroffenen Menschen den weitgehenden Ausschluss von sozialer und kultureller Teilhabe: Kino, Kultur- und Sportveranstaltungen bleiben ein Wunschtraum. Es fehlt schlichtweg das Geld

für nahezu sämtliche Lebensbedürfnisse, die für die große Mehrheit der Gesellschaft selbstverständlich sind. Armut ist jedoch kein unveränderbares Schicksal. Sie ist Ausdruck gesellschaftlicher Verhältnisse, in denen ein kleiner Teil der Gesellschaft sich auf Kosten aller Anderen mehr und mehr Reichtum aneignet. Die Ursache liegt in unserem kapitalistischen Wirtschaftssystem und deshalb kämpfen wir dafür selbiges zu überwinden.

Sanktionsfreie Mindestsicherung statt Hartz IV, Sozialhilfe und Grundsicherung

Mit der Agenda 2010, die nur von der LINKEN abgelehnt wurde, wurden in den letzten 15 Jahren schrittweise sachgrundlos befristete Arbeitsverträge, Werkverträ-

ge, Minijobs, eine Deregulierung des Arbeitsmarktes und Billigjobs ermöglicht und das menschenunwürdige Hartz IV-System geschaffen. Die Folgen machen sich insbesondere auch auf kommunaler Ebene bemerkbar. Leider kann dieses unmenschliche System nur auf Bundesebene abgeschafft werden. DIE LINKE setzt sich daher auf Bundesebene für eine repressionsfreie Mindestsicherung und eine Mindestrente von 1200 Euro monatlich ein. Hartz IV und die systematisch daran angelehnte Grundsicherung, sowie die Hilfe zum Lebensunterhalt gehören sofort abgeschafft und durch die sanktionsfreie Mindestsicherung ersetzt! Bis wir dies umsetzen können, wollen wir alle kommunalen Möglichkeiten nutzen, um Menschen zu unterstützen, die von Armut und Ausgrenzung betroffen sind.

Dafür steht DIE LINKE in Münster:

- Stopp aller repressiven Maßnahmen und Demütigungen im Jobcenter und im Sozialamt, soweit die Stadt Münster darauf Einfluss hat.
- Volle Kostenübernahme für Miete und Heizung (Kosten der Unterkunft) unter Berücksichtigung des Mietpreises bis zur mittleren Wohnlage und Ausstattung; die Angemessenheitsgrenzen für die Kosten der Unterkunft müssen an die Mietentwicklung angepasst werden.
- Aussetzung von Zwangsumzügen.
- Bei drohenden Strom- und Gassperren sind die rückständigen Kosten sofort aus einem von der Stadt zu errichtenden Härtefallfonds zu übernehmen.
- Sämtliche öffentliche Bildungsangebote und Leistungen werden allen Kindern von Menschen in Hartz IV oder Sozialhilfebezug kostenlos zur Verfügung gestellt.
- DIE LINKE unterstützt die seit dem 01.01.2019 von der Bundesregierung aufgelegten Programme zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit gem. §§ 16 e u. 16 i SGB II, aber nur dann, wenn diese nicht sanktionsbewehrt sind und Beiträge zur Arbeitslosenversicherung abgeführt werden.
- Bei der Stadtverwaltung und den städtischen Gesellschaften sollen mindestens 80 Plätze für Langzeitarbeitslose gem. § 16 i SGB II geschaffen werden; eine Bezahlung soll nach Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes erfolgen.
- Mehr Personal im Jobcenter sowohl in der Leistungs-, als auch in der Vermittlungsarbeit, um eine schnellere Antragsbearbeitung zu gewährleisten; mehr Personal im Sozialamt.
- Persönliche telefonische Erreichbarkeit der Mitarbeiter*innen des Jobcenters und des Sozialamtes sicherstellen.

Der „Münster-Pass“ -

Das Sozialticket verteidigen und weiterentwickeln

Die Einführung eines Sozialtickets in Münster war eine der sozialen Maßnahmen, die auf Initiative der LINKEN und gegen heftigen Widerstand von CDU und FDP im Stadtrat erstritten werden konnten. Seither stellt Münster allen Bezieher*innen von Grundsicherungs- und Sozialhilfeleistungen den „Münster-Pass“ zur Verfügung. Dadurch können viele Menschen in Münster stärker als zuvor am öffentlichen Leben teilhaben und von den Kultur-, Bildungs-, Mobilitäts- und Freizeitangeboten der städtischen Einrichtungen profitieren. Solche Formen der Teilhabe sind für den gesellschaftlichen Zusammenhalt unerlässlich und dienen der Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung und gesellschaftlicher Spaltung. Wir als LINKE werden daher alle Versuche bekämpfen, den Münster-Pass erneut abzuschaffen, wie es bereits 2001 durch die CDU geschehen ist, bevor die Wiedereinführung 2010 auf Druck der LINKEN durchgesetzt werden konnte.

Außerdem wollen wir prüfen lassen, inwiefern der Bezieher*innenkreis des Passes erweitert werden kann. Wir sind der Meinung, dass grundsätzlich alle Menschen, deren Einkommen unterhalb der Pfändungsfreigrenze liegt, berechtigt sein sollten die entsprechenden Vergünstigungen in Anspruch zu nehmen. Zu prüfen ist, wie dieser Personenkreis ohne übermäßigen verwaltungstechnischen Mehraufwand ermittelt werden kann.

Dafür steht DIE LINKE in Münster:

- Der Münster-Pass sollte allen Menschen zur Verfügung gestellt werden, deren Einkommen unterhalb der Pfändungsfreigrenze liegt. Es ist zu prüfen, wie das umgesetzt werden kann.
- Inhaber*innen der Münster-Passes sollten Anspruch auf ein kostenfreies Girokonto bei der Sparkasse Münsterland Ost haben
- Es ist zu prüfen ob Inhaber*innen über die Stadtwerke ein vergünstigter Internetzugang bereitgestellt werden kann
- Kostenfreie Nutzung der Stadtbüchereien und der Schwimmbäder für alle Inhaber*innen des Münster-Passes; kostenfreie Kurse an Musikschulen für Kinder und Jugendliche, die den Münster-Pass haben; kostenfreie Besuche des Theaters, sowie des Zoos für Inhaber*Innen des Münster-Passes

Gesundheit und Pflege

Gesundheit ist keine Ware!

Gesundheit ist keine Ware, sondern Aufgabe der staatlichen und kommunalen Daseinsvorsorge. Krankenhäuser und Gesundheitsversorgung gehören in staatliche Hand und sollten nicht dazu dienen, einige wenige

Menschen auf Kosten der Ärmeren noch reicher zu machen. Gesundheit ist ein Menschenrecht. Laut der Weltgesundheitsorganisation WHO müssen Krankenhäuser und Einrichtungen des Gesundheitswesens und der Pflege flächendeckend, wohnortnah und in ausreichendem Maße allen Menschen zur Verfügung stehen - unabhängig von ihrer finanziellen und Aufenthaltsrechtlichen Situation. Hiervon sind wir noch weit entfernt. Überfüllte Arztpraxen und monatelanges Warten auf Facharzttermine sind an der Tagesordnung. Viele Medikamente, Zahnbehandlungen und Brillen sind deutlich zu teuer. Hinzu kommt, dass immer größere Bevölkerungsschichten zunehmend verarmen. Und Armut macht krank. Fast alle Gesundheitsreformen der letzten Jahre haben zu einer Öffnung des Gesundheitswesens für Markt und Wettbewerb geführt. Flächendeckend schließen kleine kommunale Krankenhäuser und Gesundheitszentren. Stattdessen gibt es nur noch wenige große Kliniken, die oft großen Konzernen gehören und einzig dem Zweck dienen, Gewinne für Investoren abzuwerfen. DIE LINKE setzt sich dafür ein, durch ausreichend kommunale Krankenhäuser und Gesundheitszentren, Pflegeeinrichtungen und Wohneinrichtungen für Menschen mit Behinderungen und psychischen Erkrankungen das gesundheitliche Wohlbefinden der Bevölkerung auf kommunaler Ebene zu sichern. Münster sollte dafür sorgen, dass ausreichend Fachärzt*innen, Psychiater*innen und Psycholog*innen in allen Stadtteilen angesiedelt sind, um monatelanges Warten überflüssig zu machen. Uns ist bewusst, dass viele zentrale Grundsatz- und Rahmenscheidungen im Gesundheitsbereich auf Landes- bzw. Bundesebene getroffen werden und Münster als Kommune nur bedingten Einfluss darauf hat. Daher setzen wir uns bis zur Umsetzung entsprechender Maßnahmen auf Landes- bzw. Bundesebene dafür ein, alle kommunalen Handlungsspielräume für eine bessere Gesundheitsversorgung auszuschöpfen.

Dafür steht DIE LINKE in Münster:

- Mindestens einen öffentlich finanzierten, mobilen Arzt-Bus für Obdachlose und Menschen ohne Krankenversicherung
- Die Stadt Münster soll prüfen, in welchen Bereichen und Stadtgebieten der Mangel an Ärzt*innen und Psycholog*innen besonders eklatant ist und sich für die Eröffnung entsprechender neuer Praxen einsetzen
- Die Stadt Münster soll sich dafür einsetzen, dass mehr Wohneinrichtungen für Menschen mit Behinderungen und Menschen in sozialen Schwierigkeiten zur Verfügung stehen
- eine finanzielle und personelle Aufstockung von In-dro e.V.
- Kostenlose Kursangebote zu Erster Hilfe, gesunder

Lebensführung und Ernährung, die sich insbesondere an junge Menschen richten und an Schulen beworben werden

- Ausweitung des betrieblichen AWM-Gesundheitsvorsorgeprogramms auf alle städtischen Beschäftigten
- Bereitstellung öffentlicher Sportgeräte

Pflegenotstand stoppen - Menschenwürde vor Profite!

Die Pflege alter, kranker und von Behinderung betroffener Menschen ist eine körperlich und psychisch anstrengende und anspruchsvolle Arbeit, die weder angemessen anerkannt noch vergütet wird. Pflegekräfte leiden unter immensem Zeitdruck und Stress, der nicht nur zu Lasten ihrer Gesundheit geht, sondern auch zu Lasten der Patient*innen und Pflegebedürftigen. Viele Fachkräfte verlassen nach einigen Jahren diesen Beruf, weil die Belastungen auf Dauer nicht durchgehalten werden können.

Dafür steht DIE LINKE in Münster:

- Ausbau von bezahlbarem, barrierefreiem Wohnraum für alte, kranke und von Behinderung betroffene Menschen durch die Wohn- und Stadtbau
- Einrichtung kommunaler Pflegedienste; Einrichtung kommunaler psychiatrischer Pflegedienste
- Bau von mehr kommunalen Pflegeeinrichtungen; insb. werden mehr Kurzzeitpflegeplätze benötigt
- Qualifizierte infektionshygienische Überwachung von medizinischen Einrichtungen (Krankenhäusern, ambulant operierenden Einrichtungen, Arztpraxen, Pflege und Rehabilitationseinrichtungen) durch die Gesundheitsämter, um die Gefahr durch multiresistente Keime einzudämmen; um der Gefahr durch Krankenhauskeime entgegenzuwirken, braucht es mehr Pflegepersonal und mehr Personal bei den Putzdiensten
- die Auslagerung von Arbeitsplätzen, z.B. bei Putzdiensten, lehnen wir ab
- Einrichtung eines runden Tisches zur Erfassung des Bedarfs und bestehender qualitativer und quantitativer Mängel, insbesondere in den Außenbezirken der Stadt, unter Beteiligung von Einrichtungen, des MDK und Betroffenen
- angemessene Bezahlung aller Pflegekräfte, mehr Mitbestimmung am Arbeitsplatz; sofortige Konsequenzen, wenn Pflegekräfte Überlastungs- und Gefahrenanzeigen machen

Sozialberatung -

Selbstbestimmt und solidarisch durch die Krise

Auch in Münster sind viele Menschen von der unsozialen Politik der bisherigen Regierungsparteien in Berlin und Düsseldorf betroffen. Anträge auf Grundsicherung und Sozialhilfe sind unverständlich, die dahinter stehenden gesetzlichen Regelungen kompliziert und un-

durchsichtig. Leistungsbescheide sind (nicht zuletzt durch die Arbeitsüberlastung vieler Mitarbeiter*innen der Jobcenter und Sozialämter) oft falsch. Um Betroffene soweit wie möglich zu unterstützen, brauchen sie fach- und sachkundige Unterstützung und entsprechende Beratung und Rechtshilfe.

Dafür steht DIE LINKE in Münster:

- personelle und finanzielle Aufstockung der unabhängigen Sozialberatung; Beratungsstellen sollten auch in verschiedenen Außenstadtteilen vorhanden sein
- Aufstockung der hauptamtlich Beschäftigten in den Schuldnerberatungsstellen der Verbraucherzentrale und der Stadt Münster auf je vier Stellen
- Aufstockung der kommunalen Ombudsstelle für das Jobcenter und Ausweitung auf das Sozialamt
- Für Münster soll eine Broschüre erstellt werden, welche Hinweise, Informationen und Anlauf- bzw. Beratungsstellen für Menschen in sozialen Notlagen (Armut, Krankheit, etc.) beinhaltet. Diese soll einmal jährlich aktualisiert und anschließend an alle Haushalte verteilt werden.

Inklusion für Menschen mit Behinderung heißt Selbstbestimmung und Teilhabe

Seit 10 Jahren gilt die UN-Behindertenrechtskonvention. In dieser werden die Menschenrechte von Menschen mit Behinderungen festgehalten. Die Kernaussage der Konvention ist: Im Mittelpunkt steht der Mensch. Sie fordert, den vollen und gleichberechtigten Genuss aller Menschenrechte und Grundfreiheiten durch alle Menschen mit Behinderungen zu fördern, zu schützen und zu gewährleisten und die Achtung der ihnen innewohnenden Würde zu fördern. Münster hat sich in den letzten Jahren durch zahlreiche Maßnahmen um die Inklusion von Menschen mit Behinderungen bemüht. Doch diese Maßnahmen reichen bei Weitem nicht aus. Der Anteil der Beschäftigten mit Schwerbehinderung in der Stadtverwaltung erfüllt mit knapp über 5 % gerade so die vorgeschriebene Mindestgrenze. 2018 haben lediglich 3 Menschen mit Schwerbehinderung eine Ausbildung bei der Stadtverwaltung begonnen. Bei den Gesellschaften der Stadt und den Institutionen, an denen die Stadt beteiligt ist, sieht es noch schlechter aus. So lag beispielsweise der Anteil schwerbehinderter Menschen bei der Sparkasse Münsterland Ost 2018 bei lediglich 3,6 %. Die Stadt als öffentlicher Arbeitgeber sollte hier Vorreiter sein. Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und das gesellschaftliche Bewusstsein sind so zu verändern, dass ein barrierefreies und inklusives Leben für Menschen mit Behinderungen gewährleistet ist. Teilhabe und gleichberechtigte Gestaltung an der Gesellschaft ist ein Menschenrecht. Alle Sondereinrichtun-

gen, in denen Menschen mit Behinderungen separiert werden, müssen nach und nach abgeschafft oder umgewandelt werden. Dies gilt für Förderschulen, Werkstätten sowie Wohnheime für Menschen mit Behinderungen. Stattdessen muss es in der Regelschule, dem 1. Arbeitsmarkt oder im Wohnbereich genug Assistenz, Barrierefreiheit und ein barrierefreies Umfeld geben, damit selbstbestimmtes Leben für Menschen mit Behinderungen möglich ist. Dazu gehört auch ein neuer Blick auf Lernziele und Arbeit: Es geht um Teilhabe und nicht um höchstmögliche Leistung. Die Teilhabe, die wir wollen, ist barrierefrei, inklusiv, gleichberechtigt und selbstbestimmt! Barrierefreiheit ist eine Voraussetzung für Inklusion. Eine inklusive Gesellschaft schließt alle Menschen ein, ob mit oder ohne Behinderungen, und ermöglicht ihnen Teilhabe. So profitieren von den Aufzügen in den Bahnhöfen zu den Bahnsteigen Menschen mit kleinen Kindern, Menschen mit viel Gepäck, Senioren*innen, Fahrradfahrer*innen und Menschen mit Behinderungen. Mit barrierefreier Sprache z.B. können alle Menschen eher und selbstständiger ihre Rechte kennenlernen und durchsetzen, wie z.B. ihre Rente beantragen. Es gibt viele soziale Barrieren, die für Menschen mit und ohne Behinderungen politische Gestaltungsmöglichkeiten und soziale Teilhabe einschränken und verhindern. Nur wenn auch diese Barrieren fallen, ist eine inklusive Gesellschaft möglich. Die LINKE kämpft für das Recht aller Menschen auf volle Teilhabe und ein gutes Leben. Das schließt inklusive Bildung, reguläre Arbeit und selbstbestimmtes Wohnen in der Gemeinde ebenso ein wie Erholung, Kultur, Freizeitaktivitäten, Reisen und Sport. DIE LINKE fordert, dass die UN-Behindertenrechtskonvention endlich konsequent auf der Ebene unserer Kommune umgesetzt wird. Es gilt, die Barrieren in baulichen, kommunikativen, rechtlichen, administrativen und sozialen Bereichen zu überwinden. Weil der politische Wille allzu oft fehlt, setzen wir uns dafür ein, dass die Barrieren in den Köpfen überwunden werden!

Dafür steht DIE LINKE in Münster:

- Die Unterstützung von Initiativen und Förderung von öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen, um auf allen Ebenen der kommunalen Gesellschaft, einschließlich der Familie, das Verständnis für Menschen mit Behinderung zu erhöhen und die Achtung ihrer Rechte und ihrer Würde zu fördern
- Umfassende Barrierefreiheit bei Wahlen (Wahllokal, Wahlverfahren, Wahlmaterialien, Wahleinrichtungen)
- Systematische Überprüfung der öffentlichen Gebäude auf Barrierefreiheit unter Einbeziehung der Selbsthilfeorganisationen von Menschen mit Behinderungen, insbesondere öffentlicher Bildungseinrichtungen, da diese für gesellschaftliche Chancengleichheit von be-

sonderer Wichtigkeit sind

■ Der Neubau sowie die Sanierung von kommunalen Gebäuden müssen ohne Ausnahme barrierefrei geschehen. Das beinhaltet auch die Ausstattung aller öffentlichen Gebäude mit (stationären oder mobilen) Höranlagen.

■ Flächendeckender Ausbau von Leitsystemen für blinde und sehbehinderte Menschen im ganzen öffentlichen Raum

■ Ausstattung des ÖPNV sowie aller Haltestellen mit Sprachausgabe und Hochbordsteinen für einen barrierefreien Einstieg bis 2022; Umbau aller Haltestellenbuchten zu Haltestellenkaps (Ausnahme: Bushaltestellen am Hauptbahnhof und Endhaltestellen)

■ Förderung der Inklusion in KiTas und Schulen durch bessere Sach- und Personalausstattung

■ Stadtbibliotheken barrierefrei ausbauen und erhalten sowie bedarfsgerecht mit barrierefreien Medien ausstatten, z.B. Büchern in Großschrift, Hörbüchern, Büchern in Leichter und Einfacher Sprache, Brailleschrift

■ Barrierefreiheit bei Kulturveranstaltungen und in kulturellen Einrichtungen

■ Schaffung von mehr Arbeits- und Ausbildungsplätzen für Menschen mit Behinderungen in der Stadtverwaltung

■ Bei Gesellschaften der Stadt Münster sowie bei Institutionen, an denen die Stadt beteiligt ist (Bsp.: Sparkasse Münsterland Ost), sollen mehr Menschen mit Schwerbehinderung eingestellt werden

■ Schaffung und Ausweitung von Inklusionsabteilungen in der Stadtverwaltung in kommunalen Betrieben

■ die Stadt Münster soll sich mit speziellen Werbekampagnen und Ansprache in Schulen dafür einsetzen, dass mehr Menschen mit Behinderungen eine Ausbildung bei der Stadtverwaltung beginnen

■ Vergabe von städtischen Aufträgen an anerkannte Inklusionsbetriebe

■ Förderung eines inklusiven Arbeitsmarktes durch das Münsteraner Jobcenter

■ „Daheim statt im Heim“ – diese Forderung ist umzusetzen durch eine Förderung des barrierefreien und sozialen Wohnungsneu- und Umbaus bei der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft Wohn+Stadtbau

■ Aufstockung des Personals der Heimaufsicht

■ Schaffung einer barrierefreien und transparenten Verwaltung – vom Formular über die Webseite bis zum Gebäude

■ Herausgabe aller Schriftstücke der Verwaltung auch in Leichter und einfacher Sprache, damit alle Bürger*innen ohne Hilfe ihre Leistungen auch erhalten können; Herausgabe aller Dokumenten auch als Audiodatei

Senioren – Partizipation und Selbstbestimmung bis ins hohe Alter

Die Altersarmut nimmt auch in NRW in einem erschreckenden Ausmaß zu. Jede zweite Rente in Deutschland liegt unter 900 € netto, besonders betroffen sind Frauen. Deutschland ist unter den entwickelten Industriestaaten Schlusslicht bei der Alterssicherung Geringverdienender. Daher fordern wir auf Bundesebene seit langem eine armutsfeste Mindestrente. Bis wir diese durchsetzen können, wollen wir auf kommunaler Ebene alle Mittel nutzen, um Senior*innen ein gutes Leben zu ermöglichen. Armut führt auch bei Senior*innen zu einer geringeren Lebenserwartung – Armut macht krank. Aufgrund des medizinischen Fortschritts werden wir immer älter. Nun kommt es darauf an, auch die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass wir auch im Alter an gesellschaftlichen Aktivitäten, an Kultur, Bildung und Sport teilnehmen können und dies auf allen Ebenen: Wir brauchen alters- und behindertengerechten Wohnraum, ein angepasstes Wohnumfeld und Stadtviertel, die die Teilhabe aller Menschen ermöglichen. Das gelingt vor allem dann, wenn die Betroffenen für sich selbst sprechen und ihr Umfeld selbst gestalten und aktiv an Politik und Gesellschaft teilnehmen können.

Dafür steht DIE LINKE in Münster:

■ Alters- und behindertengerechte Verkehrsplanung; eine Stadt der kurzen Wege, fußläufig erreichbare Lebensmittelmärkte, Gesundheitseinrichtungen und Kultur-, Sozial- und Freizeitangebote.

■ Schaffung von mehr alters- und behindertengerechtem Wohnraum; Förderung von Wohnprojekten, Wohngemeinschaften und Mehrgenerationenhäusern, insbesondere auch für Menschen mit geringen Renten und Grundsicherungsbezieher*innen

■ Betreuung und Pflege im Alter ortsnah, flächendeckend und bedarfsgerecht

■ Sport-, Kultur- und Freizeiteinrichtungen sollten behindertengerecht sein und Angebote speziell auch für ältere Menschen anbieten

■ Barrierefreiheit für alle Fußwege und Querungen

■ Barrierefreie Bus- und Bahnhaltepunkte

■ Förderung von Sozial- und Verbraucherberatung, die bei eingeschränkter Mobilität auch zu Hause stattfinden soll

■ Hausärzte sollen in Kooperation mit der Ärztekammer dazu angehalten werden, flächendeckend, bei eingeschränkter Mobilität, Hausbesuche durchzuführen

Kitas stärken – sozial von Anfang an

Trotz des seit 2013 bestehenden Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab einem Jahr sind

verlässliche, gute Ganztagsangebote in Kitas nach wie vor Mangelware. Jedes Jahr stehen bis zu 300 Kinder ohne Betreuungsmöglichkeit dar. Trotz zahlreicher Versprechungen der regierenden Parteien und der Stadtverwaltung liegt die Versorgungsquote im U3-Bereich bei nur 46,6 % - auf fast gleichem Niveau wie 2014. Die Bewältigung dieses Mangels darf nicht auf die Eltern abgewälzt werden. Die Betreuungssituation muss weiter verbessert werden. Es mangelt an gut ausgebildeten Betreuungsfachkräften. Mitunter ist der Personalmangel so groß, dass Einrichtungen die Öffnungszeiten kürzen oder zeitweise schließen. Dieser Personalmangel ist auch darauf zurückzuführen, dass Dumpinglöhne und befristete Verträge an der Tagesordnung sind. Auch bei der Beitragssatzung hat sich das schwarz-grüne Ratsbündnis bisher alles andere als familienfreundlich gezeigt. Die Gebühren für einen Kitaplatz steigen immer weiter.

Dafür steht DIE LINKE in Münster:

- Schaffung von jährlich 1.000 neuen wohnortnahen Kitaplätzen, insbesondere im U3- Bereich und zuvorderst in den Stadtteilen mit der geringsten Versorgungsquote, wie Nord, Süd-Ost und Mitte
- Der Kitaneubau soll durch kommunale Bauträger erfolgen
- Geschaffen werden müssen vor allem öffentliche Kitaplätze in kommunaler Trägerschaft statt durch konfessionell gebundene kirchliche Träger oder durch private Tages- oder Großtagespflege; zur Zeit beträgt der Anteil städtischer Kitastandorte lediglich 17 %
- Kitabeiträge gehören landesweit abgeschafft
- übertarifliche Bezahlung von Erzieher*innen und Fachkräften sowie Weiterbildungsangebote; außerdem müssen Erzieher*innen entsprechend ihrer realen Tätigkeitsfelder (insbesondere in der Sprachförderung, Inklusion und Integration) eingruppiert und bezahlt werden
- Anstelle des aktuellen Kitanavigators ein transparentes Vergabeverfahren für Kitaplätze, das insbesondere den Wohnstandort beachtet
- kostenlose und hochwertige Essensversorgung in der Kita; eine tägliche vegane und vegetarische Auswahl; religiöse Essensvorschriften und Lebensmittelunverträglichkeiten sollen Beachtung finden; verwendet werden sollen – soweit wie möglich – Lebensmittel aus ökologischem, regionalem und saisonalem Anbau
- Aufbau eines Schul- und Kita-Gesundheitsdienstes, in dem Fachkräfte Kinder mit gesundheitlichen Problemen unterstützen; bei Entwicklungshindernissen oder -rückständen sollen die Eltern Beratungs- und Hilfeleistungsangebote erhalten
- Sprachfördermaßnahmen für Kinder mit Sprachdefiziten

- Mehr heilpädagogische, inklusive Plätze für Kinder mit Förderbedarf; mehr Heilpädagog*innen und ein besseres Weiterbildungsprogramm

Sport in der Breite bedeutet Teilhabe und Gesundheit

Sportliche Betätigung leistet einen wichtigen Beitrag zu Gesundheit, Gemeinschaft und kultureller Teilhabe. Fast 30 % aller Menschen sind in einem Sportverein. Die Kommunen haben eine wichtige Aufgabe, wenn es um den Erhalt der Sportstätten und -vereine geht. Der Zugang muss jedem Menschen unabhängig vom Geldbeutel möglich sein. In der Praxis haben die Stadtverwaltung und die regierenden Parteien in den vergangenen Jahren jedoch vielfach, wenn es um Einsparungen geht, zuerst beim Sport gespart. Viele Sportstätten, insbesondere in den einkommensschwachen Außenbezirken, verkommen immer weiter. Sport ist aber für viele Menschen ein Treffpunkt und oft Mittelpunkt gesellschaftlichen Lebens. Er kann eine hervorragende Arbeit bei der Integration von Menschen unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlicher Kulturen sein. Die Förderung von Toleranz, Integration, Inklusion und Akzeptanz sowie Gewaltprävention ist ein wichtiges Ziel für Vereine und die Kommune. In diesem Sinne begrüßen wir den Beschluss zur Sanierung des Preußenstadions, da es einen wichtigen Freizeit- und Begegnungsort für Menschen aus allen Gesellschaftsschichten und Hintergründen darstellt. Die voranschreitende Kommerzialisierung und Minderung der Mitbestimmungsmöglichkeiten der Fans und Mitglieder durch die Ausgliederung der Profiabteilung in eine GmbH & Co KgaA lehnen wir ab.

Dafür steht DIE LINKE in Münster:

- Erhalt und Ausbau wohnortnaher Sportstätten, insbesondere solcher des Breitensports; gefördert werden sollen auch vereinsungebundene Sportstätten
- Barrierefreier Zugang zu allen Sportstätten
- Kostenloser Zugang zu allen städtischen Schwimm- und Freibädern für Inhaber*innen des Münster-Passes
- Besondere Projekte zur Ansprache und Integration Zugewanderter in Sportvereine mehr finanzielle Mittel für integrative Vereine, wie den SV Blau-Weiß Aasee e.V.; Entscheidungen der Stadt, die die Belange der Vereine berühren, müssen auf Augenhöhe mit diesen diskutiert und mit Rücksicht auf die Anliegen der Mitglieder getroffen werden
- Umgehende Renovierung der sanierungsbedürftigen Umkleieräume und Sanitärräume in den kommunalen Sportstätten; Zuschüsse für Sportvereine zur Renovierung vereinseigener Sportstätten
- Förderrichtlinien für die Sportvereine, die gemeinsam mit den Vereinen bzw. dem Stadtsportbund er-

arbeitet werden; betreffend der aktuellen Förderrichtlinie lehnen wir die Regelung ab, dass nur solche Vereine Förderungen erhalten, die eine bestimmte Höhe an Mitgliedsbeiträgen erheben, da dies den Ausschluss finanziell schwacher Menschen aus Sportvereinen fördert

- kommunale Hilfestellung und Beratung für Sportvereine bei Förderanträgen
- Einrichtung und Erhaltung von Anlagen und Flächen für Trendsportarten wie Skaten, Bouldern, Parkour usw.
- Sport- und Schwimmunterricht an Schulen fällt nach wie vor viel zu oft aus; Sporthallen und Schwimmbäder müssen auch hier in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen
- wir fordern einen Bahnhaltepunkt am Preußenstadion; die Kosten sollen jedoch nicht zu Lasten des Neubaus des Stadions erfolgen, wie die Grünen es vorhaben
- seitens einiger Parteien und der Verwaltung war es immer wieder Praxis, andere Projekte aus dem Sportetat querzufinanzieren; dies lehnen wir ab
- es soll nach ökologischen Alternativen zu Kunstrasen aus Plastik auf Fußballspielfeldern gesucht werden; die Verwendung von Plastikgranulat auf Sportflächen lehnen wir ab
- Die Subventionierung überteuerter und unnötiger High Society Events (insbesondere des tierquälerischen „Turniers der Sieger“) lehnen wir ab

Familien, Kinder und Jugendliche sozial absichern

Die derzeit in Deutschland praktizierte Familienpolitik wird den vielfältigen Problemlagen von Familien nicht im Geringsten gerecht. Eine Orientierung am klassischen Familienbild spiegelt nicht die gesellschaftliche Vielfalt der Familienmodelle wieder. Patchworkfamilien, Alleinerziehende, Lebenspartnerschaften: Familie ist dort, wo Menschen füreinander soziale Verantwortung übernehmen – unabhängig von Trauschein und sexueller Orientierung. Familien brauchen gesellschaftliche Unterstützung und soziale Sicherheit. Die Politik der Bundesregierung bewirkt aber das Gegenteil. Durch den ständigen Sozialabbau steigen die finanziellen Belastungen der Familien. Für Kinder bleibt kaum Zeit. Das wollen wir ändern. Für eine gute Familienpolitik brauchen wir einen Ausbau der Infrastruktur, eine wirkungsvolle soziale Absicherung und die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir wollen, dass die Familien entlastet werden, nicht um stärker der kapitalistischen Verwertungslogik zur Verfügung zu stehen, sondern um sich frei zu entfalten. Kinder und Jugendliche sind eigenständige Persönlichkeiten. Sie benötigen Zukunftsperspektiven, individuelle qualifizierte Betreuung in Schulen

und Kindergärten. Jedoch leben rund 20% der Kinder in Münster in Armut oder sind von Armut bedroht. Kinder aus armen Verhältnissen sind vom frühesten Kindesalter an benachteiligt und das hat Folgen. Arme Kinder sind öfter krank und haben weniger Zugang zu Bildung, Sport- und Freizeitmöglichkeiten – oft sind sie gesellschaftlich isoliert. Armut bedeutet Kindeswohlgefährdung.

Dafür steht DIE LINKE in Münster:

- familienfreundliche Arbeitszeitmodelle bei den Beschäftigten der Stadt Münster und ihren Gesellschaften
- Ein ausreichendes Angebot an unterschiedlich großem, qualitativ hochwertigem und preiswertem Wohnraum
- Verkehrsberuhigte oder autofreie Straßen in allen Wohngebieten
- Mehr wohnortnahe, gut ausgebaute Spielplätze, Grünflächen und mehr Freiflächen für Jugendliche als offene Treffpunkte in allen Stadtteilen
- Mehr wohnortnahe, finanziell und personell gut ausgestattete Jugendzentren; Kinder und Jugendliche sollen die Möglichkeit zur Selbstverwaltung bekommen
- Kostenlose Proberäume für Musikgruppen und Bands; insbesondere den Erhalt der Proberäume am alten Güterbahnhof
- Kostenloser Eintritt in und Nutzung von kommunalen Einrichtungen wie Schwimmbädern, Museen, der Stadtbücherei und des Zoos für Inhaber*innen des Münster-Passes
- Erhalt und Ausbau von Streetwork- und Beratungsangeboten sowie von Übernachtungsmöglichkeiten für Jugendliche in sozialen Schwierigkeiten
- Mehr kostenlose Hausaufgabenhilfe
- Kostenlose Ferienspielaktionen und kostengünstige Ferienfreizeiten
- Kostenlose Programme für Bewegung und gesunde Ernährung, sowohl für Kinder und Jugendliche als auch für Eltern
- Zielgruppengerechte Informationen zu bestehenden Beratungsangeboten an Schulen, Jugendzentren und anderen geeigneten Stellen
- Mehr Personal und mehr finanzielle Mittel für das Jugendamt
- Herabsenkung des Wahlalters bei Bürgerbegehren, -entscheiden und Kommunalwahlen auf 14 Jahre

III. Gutes Wohnen in einer Stadt für alle

Egal ob berufstätiger Single, junge Familie, Rentner*in, erwerbslos oder in Ausbildung: Wir wollen in Münster gemeinsam wohnen, leben und arbeiten. Niemand soll aufgrund seines Geldbeutels aus der Stadt gedrängt werden. Leider wird Münster immer teurer und immer mehr Menschen finden hier keine gute und bezahlbare Wohnung mehr. Das hat verschiedene Ursachen. Dazu gehört natürlich die dem Kapitalismus innewohnende Profitlogik, die spätestens seit der Finanzkrise 2008, und den im Anschluss daran weltweit sinkenden Zinsen, voll auf die Immobilienpreise durchgeschlagen hat. Zudem gehört Münster zu den am schnellsten wachsenden Städten in Deutschland. Das kommt nicht von ungefähr. Münster ist eine lebenswerte Stadt, die jedes Jahr viele neue Einwohner*innen anzieht. Wir als LINKE sehen diese Entwicklung grundsätzlich positiv, blenden aber die Probleme, die das mit sich bringt, auch nicht aus. Die konkrete Auswirkung dieses Wachstums, die die meisten Menschen im Alltag unmittelbar zu spüren bekommen, ist eben die eskalierende

Mietpreisentwicklung, der dringend Einhalt geboten werden muss, um das soziale Gefüge der Stadt nicht noch weiter zu beschädigen. Das Problem erkannt haben viele. Die Lösungsvorschläge der anderen Parteien heißen in der Regel: Bauen, bauen, bauen. Doch das allein wird das Problem nicht lösen, denn gebaut wird momentan vor allem hochpreisiger Wohnraum, mit dem sich Profit machen lässt. Den können sich die Krankenpflegerin, der Erzieher oder die junge Studierende aber meist nicht leisten.

Recht auf unsere Stadt – Vielfältig und bezahlbar statt gentrifiziert

Das Argument der fehlenden Wohnungen wird dazu benutzt, um den Verkauf von Grundstücken, vornehmlich in guten Lagen, an Investoren und Spekulanten zu legitimieren. Der Verkauf von Sahnestücken an Investoren führt zu Luxusprojekten und Luxus-Stadtteilen, die in der ganzen Stadt als Preistreiber wirken und zur Verdrängung der weniger zahlungskräftigen Bevölkerungsgruppen führen. Bekannt ist diese Entwicklung auch als Gentrifizierung. Die Einwohner*innen können oft nur hilflos zuschauen, wie gewachsene städtische Strukturen im Namen der Profitmaximierung zerstört werden. Die Entwicklung unserer Stadt sollte sich aber nicht am Profit einzelner ausrichten. In einer Stadt, in der die Einwohner*innen darüber entscheiden wie sie leben wollen, wäre zum Beispiel niemand auf die Idee gekommen im Hansaviertel ein riesiges E-Center zu bauen – wenige Meter von den nächsten beiden Supermärkten entfernt. In Münster ist dieser Prozess derzeit besonders stark im Hansaviertel zu beobachten. Dort findet sich derzeit auch der stärkste zivilgesellschaftliche Widerstand gegen Ausverkauf und Verdrängung, z.B. durch Gruppen wie "Platanenpower" oder die "Initiative Bahnstadt Süd", was wir ausdrücklich begrüßen. Erfahrungen aus anderen Städten zeigen aber auch, dass die Gentrifizierung nicht Halt macht, wenn

ein Viertel vollständig nach Profilkriterien umgebaut ist. Vielmehr breiten sich diese Prozesse wellenförmig über die ganze Stadt aus, wenn sie nicht durch entschlossenen Widerstand von Links und aus der Anwohner*innenschaft gestoppt werden. Eine Möglichkeit die rücksichtslose Umnutzung des Wohnraums durch private Eigentümer oder Mieterhöhungen durch so genannte Luxussanierungen zumindest auszubremsen, sind sogenannte Milieuschutzsatzungen. Leider wurde eine solche 2017 für das Hansaviertel durch CDU und Grüne verhindert. Wir als LINKE fordern auch weiterhin Milieuschutzsatzungen für die besonders von Gentrifizierung betroffenen Stadtteile. Eine besonders große Gefahr für städtische Vielfalt und kulturelle Freiräume in Münster geht unserer Meinung nach derzeit vom sogenannten "9. Schlaun-Wettbewerb" aus. Dieser könnte der Auftakt zu einem neoliberalen Großprojekt werden, in dem der gesamte Bereich um den alten Güterbahnhof gentrifiziert und für Profitinteressen erschlossen werden soll. Dabei würden nicht nur u.a. Veranstaltungsräume, Ateliers und Proberäume für hunderte Bands verdrängt werden, sondern der Auftrag des Schlaun-Forums umfasst auch explizit den Ausbau des Albersloher Weges, und damit die weitere Erschließung der Innenstadt für den Autoverkehr. Wir lehnen diese völlig falsche Setzung von Prioritäten ab und fordern die Weiterentwicklung des Bereiches um den alten Güterbahnhof den Anwohner*innen zu überlassen und das Viertel nur nach ihren Bedürfnissen weiter zu entwickeln. Langfristig lässt sich das Recht auf Stadt nur erkämpfen, indem der Spekulation mit Boden und Immobilien – also der Zweckentfremdung gesellschaftlichen Wohlstandes zur persönlichen Bereicherung – Einhalt geboten wird. Als LINKE lehnen wir es ab, dass Flächen, in oft schwer durchschaubaren Verfahren, an Investoren verschertelt werden, wie zum Beispiel im ganzen Bereich des Hafens in den letzten Jahren geschehen. Dabei wird auch deutlich, dass es in Münster einen Filz aus konservativen Kreisen in Politik und Verwaltung gibt, der weite Teile der Stadt an den Einwohner*innen vorbei unter sich aufteilt. Um diesem Problem zu begegnen fordern wir, dass die Stadt eine nachhaltige Bodenvorratspolitik betreibt und so viele Flächen im Stadtgebiet erwirbt, wie nur irgend möglich. Diese Flächen dürfen dann an private Eigentümer höchstens in Erbpacht vergeben, aber nicht verkauft und damit privatisiert werden. Vorzugsweise sollten diese Flächen gänzlich in öffentlichem Eigentum bleiben und kommunal und demokratisch genutzt werden. Boden ist keine Ware! In diesem Zusammenhang ist auch zu prüfen, inwiefern bereits privatisierte Flächen nach Artikel 15 Grundgesetz in öffentliches Eigentum zurückgeführt werden können. Das Beispiel Theodor-Scheiwe-Straße hat gezeigt, dass die Stadt durchaus bereit ist über diese Option nachzudenken wenn es um Investoren-Interessen geht, was fehlt ist hingegen der politische Wille dies auch im Interesse der Menschen zu tun. Münster könnte also ganz anders aussehen: Wenn wir gemeinsam mit allen die hier

wohnen Ideen dafür entwickeln, was wir für ein gutes Leben benötigen, und diese Projekte gemeinsam angehen, können wir unsere Stadt lebenswerter machen und dafür sorgen, dass niemand verdrängt wird. Für das Recht auf Stadt!

Dafür steht DIE LINKE in Münster:

- mehr echte Bürgerbeteiligung in der die Bewohner*innen der Stadtviertel über Veränderungen und Weiterentwicklungen ihres Viertels demokratisch entscheiden dürfen, z.B. in Form von Anwohner*innenversammlungen oder Stadtteilräten. Denn nur sie – und keine profitorientierten Investoren – wissen was sie in ihrem Viertel wirklich brauchen

- dass Milieuschutzsatzungen erlassen werden, die eine Verdrängung von Mieter*innen, bspw. durch Luxus-Sanierungen oder Umwandlung in Eigentumswohnungen, effektiv verhindern

- Alibi-Maßnahmen, wie das Quartiersmanagement, die zu keiner tatsächlichen Mitbestimmung der Bürger*innen führen, lehnen wir ab.

- Intensivierung der Bodenvorratspolitik und sofortiger Stopp des Verkaufes städtischer Grundstücke an private Investoren. Maximal dürfen diese in Erbpacht vergeben werden. Bodenwertsteigerungen durch Ausweisung von Bauland, das sich in privatem Eigentum befindet, werden durch die Stadt Münster abgeschöpft.

- Im Idealfall sollten städtische Grundstücke direkt kommunal, genossenschaftlich oder in anderen gemeinschaftlichen Eigentumsformen (d.h. im Eigentum der Menschen, die dort leben) bebaut werden, sofern eine Bebauung (bspw. mit Wohnungen oder Parkanlagen) sinnvoll ist. Nur so ist gesichert, dass dort geschaffener Wohnraum dauerhaft bezahlbar bleibt.

- Sozialgerechte Bodennutzung Münster (SoBoMü) stärken: da wo Grundstücke sich bereits in privatem Eigentum befinden müssen private Investoren stärker dazu verpflichtet werden öffentlich geförderten Wohnraum zu schaffen.

- Insbesondere in der Innenstadt, in der die Mietsteigerungen am drastischsten sind, müssen daher die in der SoBoMü festgelegten Quoten für öffentlich geförderten Wohnraum erhöht werden. Als ersten Schritt fordern wir daher bei privaten Baulandentwicklungen für die Mehrfamilienhausbebauung eine allgemeine Anhebung der Quote zur anteiligen Errichtung von öffentlich geförderten Wohnraum auf 60 % der entstehenden Wohnfläche. In der Innenstadt muss die Quote zur Errichtung öffentlich geförderten Wohnraums als erster Schritt unverzüglich auf 80% der entstehenden Wohnfläche angehoben werden.

- Möglichkeiten zum Tausch von gefördertem Wohnraum in Außenbezirken gegen profitmaximierten Wohnraum in der Innenstadt müssen dabei ausgeschlossen werden; nur so können sozial-räumliche Unterschiede verringert und die soziale Durchmischung der Stadtteile vorangetrieben werden.

- Armen- oder Reichtumsviertel darf es in Münster nicht geben. Insbesondere lehnen wir sogenannte „Gated Communities“, d.h. baulich durch Mauern oder Zäune abgeschlossene und bewachte Luxuswohnanlagen, wie z.B. die Klostersgärten, ab.

- dass es genügend soziale Zentren für die Menschen gibt, damit diese sich selbstverwaltet verwirklichen

können und genügend Freiräume haben.

- Unterstützung von Initiativen, die sich selbstorganisiert gegen den Ausverkauf der Stadt wehren, wie z.B. die „Initiative Bahnstadt-Süd“, „Berg Fidel Solidarisch“ oder die „LEG-Mieter*innenInitiative“

- Die zukünftige Bebauung des Osmo-Geländes muss sozialen und ökologischen Erwägungen Rechnung tragen. Insbesondere die Verkehrssituation im Viertel muss von Anfang an mit einbezogen werden. Ein Desaster wie beim E-Center darf sich nicht wiederholen.

- der sogenannte 9. Schlaun-Wettbewerb sollte ersetzt werden durch ein ergebnisoffenes Anwohner*innen-Forum zur Weiterentwicklung des Bereiches Bahnstadt Süd

Stoppt den Mietenwahnsinn – Bezahlbarer Wohnraum für alle

Die Mieten in Münster sind über die letzten zehn Jahre um mehr als 30% gestiegen. Die Mietpreisspirale ist außer Kontrolle und ein Wohnungswechsel innerhalb der Stadt wird für immer mehr Menschen zu einem Ding der Unmöglichkeit. Statt bezahlbare Wohnungen zu bauen, wird die Stadt absurderweise mit Hotels, Einkaufsmeilen und Luxusappartements zugestraft. Besonders Bevölkerungsgruppen mit mittleren und unterdurchschnittlichen Einkommen trifft diese Entwicklung mit voller Wucht: Arbeitslose, Studierende, Alleinerziehende, prekär Beschäftigte und Menschen mit gesundheitlichen Problemen. In Münster zu wohnen wird Stück für Stück zum Privileg für Besserverdienende. Diese Konsequenz der neoliberalen Politik im Sinne der Profitmaximierung für Eigentümer durch die etablierten Parteien ist ein sozialpolitisches Armutszeugnis. Da verwundert es auch gar nicht, dass die Zahl der Wohnungslosen in ganz Deutschland regelrecht explodiert und sich rasant der Marke von einer Million Menschen nähert. Auch in Münster steigt die Zahl der Menschen, die auf der Straße leben, oder in Notunterkünften Unterschlupf suchen. Dieser Offenbarungseid der herrschenden Politik ist ein Skandal, den wir als LINKE weiterhin anprangern und mit unseren wohnungspolitischen Bündnispartner*innen bekämpfen werden. Für uns LINKE ist klar: Wohnen ist Menschenrecht. Wir stehen für eine Wohnungspolitik, bei der es nicht um den Profit weniger, sondern um die Lebensqualität von uns allen geht. Die letzten Jahre zeigen: Mit den Interessen privater Investoren ist das nicht zu vereinbaren. Deswegen brauchen wir viel mehr Wohnraum in öffentlichem und gemeinschaftlichem Eigentum. Nur so kann sichergestellt werden, dass mit Wohnraum nicht spekuliert wird und niemand Angst haben muss, die Stadt verlassen zu müssen. Die anderen Parteien behaupten, dies wäre mit sogenannten Sozialwohnungen sichergestellt. Zwar muss als Übergangslösung bei Neubauten eine Mindestquote an Sozialwohnungen erfüllt werden, aber der sogenannte soziale Wohnungsbau ist in Deutschland eher ein Förderinstrument für die Wohnungs- und Bauwirtschaft. Offiziell heißt er dementsprechend auch nicht sozialer sondern öffentlich geförderter Wohnungsbau. Hierbei stellt das Land Mittel zur Finanzierung von Wohnbauprojekten zur Verfügung. Als Gegenleistung dürfen die Mieten dann einige Jahre lang einen bestimmten Wert nicht überschreiten. Ist diese Zeit abgelaufen, gehören die Wohnungen dann aber uneingeschränkt dem In-

vestor, der sie errichtet hat – und die Mieten steigen. Neue sogenannte Sozialwohnungen werden hingegen nicht im gleichen Umfang nachgebaut wie alte aus der Preisbindung fallen. Dadurch ist deren Bestand in den letzten Jahrzehnten massiv gesunken. Also wird sogar dieses – in weiten Teilen wirkungslose Instrument – sozialer Wohnungspolitik seit Jahren durch die naive Marktgläubigkeit, und Ignoranz gegenüber Menschen mit wenig Einkommen, durch die verantwortlichen Politiker*innen demontiert. Der öffentlich geförderte Wohnungsbau ist somit in seiner jetzigen Form eher Teil des Problems als Teil der Lösung. Auf kommunaler Ebene gilt es daher, die vom Land zur Verfügung gestellten Mittel möglichst komplett für Wohnbauprojekte in kommunalem Eigentum zu nutzen. Nur so besteht die Möglichkeit dass der Einsatz dieser Mittel dauerhaft für bezahlbaren Wohnraum sorgt. Auch die “Mietpreisbremse” der großen Koalition hat sich als völlig wirkungslos herausgestellt. Das ist keine Überraschung, denn dieses Instrument war von Anfang an so konzipiert, dass es wirkungslos bleiben musste. Den Mieter*innen aufzubürden, den Nachweis darüber zu erbringen, dass ihre Miete zu hoch ist, ist in Anbetracht des völlig ungleichen Kräfteverhältnisses zwischen Eigentümern und Mietern völlig absurd. Wer riskiert schon auf der Straße zu landen, weil er seine Rechte beim Eigentümer seiner Mietwohnung einfordert? Wir lehnen diese Pseudo-Mietpreisbremse daher ab und fordern vielmehr einen Mietendeckel nach dem Berliner Modell auch für Nordrhein-Westfalen und damit auch für Münster.

Dafür steht DIE LINKE in Münster:

- dass mit Wohnraum kein Profit gemacht wird. Wohnen ist Menschenrecht.
- Wohnraum gehört in die öffentliche Hand, sofern er nicht auch von den Eigentümern selbst bewohnt wird.
- dass mehr öffentlich finanzierter Wohnraum geschaffen wird, der dauerhaft gut und für alle bezahlbar bleibt. Durch Neubau und durch Rückführung von privatisierten Wohnungen in öffentliches Eigentum.
- dass die Mieter*innen in kommunalen Wohnungen über Entwicklung und Sanierung der Gebäude in denen sie wohnen mitbestimmen dürfen.
- dass ein ausreichendes Angebot an unterschiedlich großem und für alle Menschen, Lebensentwürfe und Familienmodelle geeignetem Wohnraum zur Verfügung steht, das schließt insbesondere auch barrierefreien und altengerechten Wohnraum mit ein
- dass die Wohnraumschutzsatzung der Stadt Münster, die Zweckentfremdung von Wohnraum verhindern soll, konsequent angewandt wird, u.a. durch mehr hierfür zuständige Stellen. Dies gilt insbesondere für Fälle, in denen Investoren Leerstand oder Brachflächen gezielt als Spekulationsobjekte nutzen.
- einen Ausbau der Wohnungslosenhilfe um Obdachlosigkeit zu vermeiden, insbesondere sollte dabei der Housing-First-Ansatz verfolgt werden.
- dass die Stadt sich dafür einsetzt die Wohnungen der LEG in öffentliches Eigentum zurück zu überführen, damit die Mieter*innen dort endlich wieder zu vernünftigen Bedingungen wohnen können. Selbstorganisierte Kämpfe der Mieter*innen gegen die profitorientierte und Mieter*innen-feindliche Politik der LEG und ähnlicher Konzerne begrüßen und unterstützen

wir ausdrücklich.

- der Mietspiegel muss sich an allen Bestandsmieten orientieren, und nicht nur – wie bisher – an den Abschlüssen der letzten Jahre.
- dass die Stadt Münster auf die Einführung eines landesweiten Mietendeckels hinwirkt und sich vom wirkungslosen Instrument “Mietpreisbremse” distanziert

Wohn+Stadtbau stärken – Wohnraum demokratisch kontrollieren

Die Wohn+Stadtbau ist das Wohnungsunternehmen der Stadt Münster. Ihr gehören über 6.000 Wohnungen in Münster. Doch leider wird bisher von der Wohn+Stadtbau verlangt, möglichst viel Profit zu erwirtschaften und an die Stadtkasse abzuführen – jährlich mehrere Millionen Euro. Um das zu erreichen werden Eigentumswohnungen – statt bezahlbaren Mietwohnungen – gebaut und auch für die Mieter*innen der Wohn+Stadtbau sind in der Vergangenheit die Mieten gestiegen. Das wollen wir ändern: Die Wohn+Stadtbau muss endlich auf das öffentliche Interesse verpflichtet und mit den nötigen Mitteln zur Schaffung guten und bezahlbaren öffentlichen Wohnraums ausgestattet werden. Öffentlicher Wohnraum muss keinen Profit abwerfen, er muss für soziale Gerechtigkeit sorgen!

Dafür steht DIE LINKE in Münster:

- dass die Wohn+Stadtbau nicht mehr dazu genutzt wird, Löcher im Haushalt der Kommune zu stopfen. Dazu muss die Gewinnabführung an die Stadtkasse sofort eingestellt und der Managementkontrakt entsprechend geändert werden.
- dass darüber hinaus die Wohn+Stadtbau finanziell gestärkt wird. Angesichts des Mangels an bezahlbaren Wohnraum muss ihr Eigenkapital gestärkt werden, damit sie mehr guten und bezahlbaren Wohnraum schaffen kann. Hierzu sollen u.a. kommunale Grundstücke die für den Wohnungsbau geeignet sind als Eigenkapital an die Wohn+Stadtbau überführt werden.
- Die finanzielle Stärkung der Wohn+Stadtbau muss dabei insbesondere auch eine Personalaufstockung einschließen, damit sie genügend personelle Ressourcen hat, um neue Projekte zu planen und sich um die Verwaltung und Instandhaltung neuer und bereits bestehender Projekte zu kümmern.
- dass die Wohn+Stadtbau keine Eigentumswohnungen baut. Diese treiben die Mietpreisspirale in der Regel noch weiter in die Höhe. Die Wohn+Stadtbau sollte hier entgegenwirken und diese Entwicklung nicht noch befördern.
- Keine Mietsteigerung bei der Wohn+Stadtbau und Schaffung neuen, guten Wohnraums nur zu günstigen Mieten. Damit würde ein Gegengewicht zu den steigenden Mietpreisen entstehen und Druck aus dem Wohnungsmarkt genommen.
- Der Verkauf von Wohnungen der Wohn+Stadtbau an rendite- und profitorientierte Unternehmen muss verbindlich ausgeschlossen werden.

Genossenschaftliche Wohnprojekte und Gemeinnützigkeit fördern

Wohnraum darf nicht zur Kapitalanlage und zum Spekulationsobjekt verkommen. Genossenschaftlicher Wohnungsbau ist ein gutes Mittel, langfristig bezahlbaren Wohnraum in hoher Qualität zu gewährleisten. Be-

reits existierende selbstverwaltete Wohnprojekte sind zu unterstützen und neue Projekte sind anzuregen. Bis 1989 gab es die sogenannte Wohnungsgemeinnützigkeit in Deutschland: Wohnungsunternehmen und -genossenschaften, die sich verpflichteten, die Mieten dauerhaft niedrig zu halten und sich wirtschaftlich auf den Wohnungsbau zu beschränken, wurden im Gegenzug von der Körperschafts-, Gewerbe und Vermögenssteuer befreit. Auf Bundesebene setzen wir uns für eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit ein, die vor allem genossenschaftlichen Wohnprojekten enorm dabei helfen würde, guten und bezahlbarem Wohnraum im gemeinschaftlichen Eigentum zu schaffen. Laut einer Studie im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung könnten damit Mieten von unter 5 Euro pro Quadratmeter bei Neubauwohnungen realisiert werden.

Dafür steht DIE LINKE in Münster:

- Förderung neuer und bestehender genossenschaftlicher Wohnungs- und Häuserprojekte sowie Beratung von Interessent*innen
- Die Stadt Münster soll genossenschaftlichen Wohnprojekten Grundstücke in Erbpacht zur Verfügung stellen.
- Auf Bundesebene setzen wir uns für die Einführung einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit ein, die es bereits einmal bis 1989 gab und es solchen Projekten enorm erleichtern würde guten, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen Konkret und sofort Der Umbau zu einer lebenswerten Stadt für alle braucht Zeit. Einige Maßnahmen müssen darüberhinaus auf Landes- oder Bundesebene erstritten werden. Im Gegensatz zu den anderen Parteien sind wir der Meinung, dass die

Stadt sich hier einmischen und öffentlichkeitswirksam Druck entfalten muss. Auch über kommunale Zusammenschlüsse wie den Deutschen Städtetag sollte sich Münster dafür einsetzen gemeinsam mit anderen Kommunen noch größeren Druck auf die Landes- und Bundespolitik zu entfalten. An vielen Punkten können wir aber auch unverzüglich ansetzen um unsere Lebensqualität zu verbessern.

Daher fordern wir sofort und konkret:

- Den Stopp der Gewinnabführung der Wohn+Stadt-bau und die unverzügliche Vorbereitung von Maßnahmen, damit die Wohn+Stadt-bau ihrem sozialen Auftrag wieder nachkommen kann.
- Den sofortigen Stopp des Verkaufs städtischer Grundstücke, stattdessen dürfen diese maximal in Erbpacht vergeben werden, damit sie in öffentlichem Eigentum verbleiben.
- Erhalt des alten Güterbahnhofs! DIE LINKE wird keinerlei Maßnahmen zustimmen die die kulturellen Angebote rund um den alten Güterbahnhof zerstören. Auch Maßnahmen die für eine weitere Erhöhung des Verkehrs auf dem Hansaring sorgen, wird es mit der LINKEN nicht geben.
- Kein E-Center im Hafenviertel! Mit der LINKEN wird es keinen neuen Bebauungsplan geben, der das E-Center möglich macht. Die Anwohner*innen sollten demokratisch darüber bestimmen was auf dieser Fläche geschehen soll.
- Die Anwohner*innen müssen selbstverständlich demokratisch und verbindlich darüber mitbestimmen könne, was in ihren jeweiligen Vierteln geschehen soll.

IV. Umwelt und Klima retten statt grünen Kapitalismus predigen

Bald 40 Jahre ist es her, dass der Club of Rome mit seiner Studie »Die Grenzen des Wachstums« an die Öffentlichkeit gegangen ist und deutlich gemacht hat, dass endloses Wirtschaftswachstum auf einem endlichen Planeten in die Katastrophe führen muss. Als Reaktion darauf gab es unter dem Begriff der Nachhaltigkeit vor allem Aktionismus in Form zahlreicher internationaler Kongresse zum Umwelt-, Klima-, Meeres- und Artenschutz. Sieht man sich die oftmals fortgeführte, oder gar beschleunigte Umweltzerstörung der letzten Jahrzehnte an, wird klar, dass oftmals nur zahme Papiertiger beschlossen wurden. Wo ein echter Wille bestand, unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu bewahren, wurden ambitionierte Schutzziele häufig vor dem Hintergrund von Einzelinteressen und dem grenzenlosen Gewinnstreben der kapitalistischen Wirtschaft durch Lobbyisten aufgeweicht. Dies geht mitunter soweit, dass beispielsweise die Berichte des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), in dem der aktuelle Stand der Forschung zum menschengemachten Klimawandel zusammengefasst wird, vor ihrer Veröffentlichung auf politischen Druck hin gezielt verharmlost werden. Dabei ist die Lage mehr als Ernst: Vermüllung, Klimawandel, Bodenerosion, Entwaldung, Überfischung und viele weitere Probleme fordern drin-

gend eine Kehrtwende. Nicht morgen, nicht übermorgen, sondern jetzt! Wo wirtschaftsnahe Ökonomen und Unternehmen immer wieder den Profit und den Kapitalismus als angeblich alternativlos in den Vordergrund stellen, ist für uns klar: Unser Planet muss auch in Zukunft bewohnbar bleiben und allen Menschen ein menschenwürdiges Leben ermöglichen. Dass dies mit der auf Wachstum angewiesenen kapitalistischen Wirtschaftsordnung offenbar kaum zu vereinbaren ist, muss zu dem Schluss führen, deren Überwindung anzustreben. Der Schutz der Umwelt ist nicht in erster Linie durch Marktinstrumente zu bewerkstelligen, denn der freie Markt hat überhaupt erst in diese Situation geführt. Vergangene Erfahrungen zeigen, dass es staatliche Regulierungen braucht, um die Zerstörung der Umwelt zu stoppen. So wurde mit dem Montrealer Protokoll die Herstellung der ozonschädlichen FCKWs weltweit verboten – eine Maßnahme, die unsere Ozonschicht gerettet hat. Um das Ziel der Pariser Klimakonferenz von 2015, die Erderwärmung auf deutlich unter 2°C zu begrenzen, noch erreichen zu können, sind drastische Maßnahmen erforderlich. Für uns ist es dabei selbstverständlich, dass diese auch staatliche Investitionen beinhalten müssen. Wenn Menschen vom Auto auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigen

sollen, muss dafür selbstverständlich ein gut ausgebauter und zuverlässiger Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) vorhanden sein. Der aktuelle Trend geht jedoch leider in eine ganz andere Richtung: Seitdem die Deutsche Bahn auf politischen Beschluss hin wie ein gewinnorientiertes Privatunternehmen agiert, sind Verspätungen, Ausfälle von Zügen und die Stilllegung immer größerer Teile des Streckennetzes traurige Realität.

An diesem Beispiel zeigt sich auch, dass ökologische Politik auch gleichzeitig soziale Politik ist: Wenn der ÖPNV als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge begriffen wird, wird auch einkommensschwachen Menschen Mobilität ermöglicht. Auf der anderen Seite treffen die Folgen der Umweltzerstörung gerade arme Menschen am härtesten, da diese nicht das Geld haben, sich gegen wiederholte extreme Hitzewellen mit Klimaanlage zu schützen, sich Wohnraum abseits vielbefahrener Straßen und verpesteter Luft zu leisten oder durch Ernteausfälle verteuerte Lebensmittel zu bezahlen. Sozialer und ökologischer Wandel gehören zusammen. Für viele Maßnahmen des Umweltschutzes sind aufgrund der weltweiten Zusammenhänge Regelungen auf Landes-, Bundes oder internationaler Ebene notwendig.

Doch auch Münster kann als Kommune einen bedeutenden Beitrag leisten. Wir begrüßen ausdrücklich, dass in Münster der Klimanotstand ausgerufen, und damit anerkannt wurde, dass der Klimaschutz bei allen kommunalen Entscheidungen der Stadt eine wichtige Rolle zu spielen hat. Wir setzen uns dafür ein, dass dieses Bekenntnis nun mit Leben gefüllt wird, statt eine bloße Worthülse zu bleiben. Konkret bedeutet das für uns die Förderung von Investitionen in umweltfreundliche Infrastruktur, den Ausbau des ÖPNV, die Zurückdrängung des Autoverkehrs in der münsteraner Innenstadt und den Ausstieg kommunaler Institutionen aus umweltschädlichen Investitionen, auch Divestment genannt. Insbesondere setzen wir uns dafür ein, dass der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) seine RWE-Anteile abstößt.

Ökologischer Umbau und echte Energiewende

Die Stadt Münster rühmt sich damit, beim Thema Umwelt- und Klimaschutz in einer Vorreiterrolle zu sein. Aber wo hat der ökologische Umbau in Münster bereits stattgefunden? In der Landwirtschaft? Beim Thema Verkehr? Beim Thema Energieversorgung? Dass Münster bereits zahlreiche Konzepte auf dem Papier erstellt hat, genügt nicht. Konzepte müssen mit Leben gefüllt werden. Dafür steht DIE LINKE in Münster. Papier ist geduldig, unser Planet nicht mehr.

Ökologie darf nicht gegen soziale Politik ausgespielt werden. Wir müssen beides zusammen denken. Die reichsten 10 % der Menschheit sind für die Hälfte aller Treibhausgase verantwortlich. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Umwelt und Klima konsequent geschützt werden, aber nicht zu Lasten derer, die dafür nicht verantwortlich sind. Diese Arbeit fängt vor unserer Haustüre an. Unsere Umwelt, und damit unsere natürliche Lebensgrundlage, gerät durch das aktuelle Wirtschaftssystem immer mehr an ihre Grenzen. Während ein gutes Leben für Alle durchaus mit dem Erhalt von Umwelt und Natur vereinbar wäre, wird daraus im Kapitalismus ein unerreichbares Ziel. Denn um die

Profite zu erwirtschaften, durch die reiche Menschen auf Kosten der Ärmern immer reicher werden, ist ein stetiges Wirtschaftswachstum notwendig.

Die Folgen sind enorm und teilweise absurd: Während in Deutschland zum Beispiel immer mehr Menschen bewusst ihren Fleischkonsum einschränken, steigt die Fleischproduktion trotzdem, denn es wird immer mehr für den Exportmarkt produziert. Die anfallenden Güllemassen überdüngen die Landschaften und sorgen auch in Münster für mit Nährstoffen übersättigte Gewässer – mit fatalen Folgen! Man denke nur an das massenhafte Fischsterben im Aasee im Jahr 2018. Einer der Gründe dafür war die Übersättigung mit Phosphat. Wir als LINKE erteilen dieser perfiden Logik eine klare Absage. Ziel muss eine Wirtschaft sein, die nicht Unternehmens- und Profitinteressen, sondern dem Interesse der breiten Bevölkerung dient und unsere Umwelt erhält. Eine intakte Umwelt und funktionierende ökologische Kreisläufe für die jetzigen und kommenden Generationen zu erhalten, muss daher selbstverständliches Ziel der Politik sein. Leider ist aktuell das Gegenteil der Fall: Immer mehr Grünflächen werden zubetoniert, Bäume werden – auch trotz massiver Gegenproteste der Anwohner*innen – gefällt. Angesichts des verschwenderischen Gebrauchs von Kunststoffen durch die Verpackungsindustrie wird mit Plastiktütenverboten lediglich Symbolpolitik betrieben und die Maßnahmen gegen den menschengemachten Klimawandel bleiben weit hinter dem zurück, was notwendig wäre. Um das zu ändern, ist es notwendig, den politischen Druck auf die Verantwortlichen zu erhöhen – im Rat und auf der Straße. Die Energiewende muss vorangetrieben werden und hierbei soll Münster eine tragende Rolle spielen. Münster soll Modellstadt für Energieeinsparung und Klimaschutz werden. Ziel der LINKEN ist eine soziale, ökologische und demokratisch kontrollierte Energieversorgung auf Basis einer kommunalen und dezentralen Energieerzeugung. Hierbei soll zu 100 Prozent auf erneuerbare Energien zurückgegriffen werden, in jederlei Hinsicht soll eine maximale Energieeinsparung erreicht werden. Münster muss bis 2030 CO₂-neutral werden.

Dafür steht die LINKE in Münster:

- Ökologisch nachhaltige, energetische Sanierung von Altbauten hinsichtlich der Wärmedämmung und weiterer Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz; Neubauten sollen hohe Energiestandards erfüllen; eine finanzielle Mehrbelastung von Mieter*innen durch Umlage der Kosten energetischer Maßnahmen lehnen wir ab

- Beratungsangebote hinsichtlich der Energieeffizienz für sowohl Einwohner*innen, als auch Unternehmer*innen

- Ausbau der Förderprogramme für die Sanierung von Altbauten

- Ausstieg des LWL aus schmutzigen Investitionen. Die mehr als 100 Millionen Euro starke Beteiligung an RWE muss abgestoßen werden

- bestehende und neu gebaute öffentliche Gebäude müssen mit Solaranlagen, Dachflächen- und Fassadenbegrünung ausgestattet sein; wo private Bauherren auf öffentlichem Grund bauen, sind alle Möglichkeiten auszuschöpfen, diese ebenfalls zu den genannten Maßnahmen zu verpflichten

- Ausbau erneuerbarer Energiequellen
- Stopp des Neubaus von Kohlekraftwerken und die Unterstützung vom Ausstieg aus fossilen Energiequellen; der notwendige Strukturwandel darf hierbei nicht auf Kosten der Beschäftigten gehen; in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Gewerkschaften sind Maßnahmen wie ein Verbot betriebsbedingter Kündigungen, Angebot von Altersteilzeit, Vorruhestand mit Verdienstaussgleich und die Zusage von Beschäftigungssicherungsmaßnahmen umzusetzen;
- die Münsteraner Stadtwerke sollen keinen Strom mehr aus fossilen Energien beziehen; die Stadtwerke sollen so schnell wie möglich die Stadtbevölkerung mit 100% Ökostrom beliefern
- statt hoher Gewinnabführung der Stadtwerke an die Stadt Münster fordern wir mehr Investitionen in erneuerbare Energien
- die Endlagerungskosten der Atomwirtschaft und die Ewigkeitskosten der Kohlewirtschaft sind, anders als bisher, durch tatsächliche Rücklagen statt lediglich durch in der Bilanz ausgewiesene Rückstellungen abzusichern; als Prinzip muss gelten: Wer die Gewinne gemacht hat, muss auch die Folgekosten tragen!
- Münster soll sich für die sofortige Schließung der Atomanlagen in Gronau, Lingen und Ahaus einsetzen; es dürfen keine Atomtransporte mehr durch Münster fahren
- Der Aasee muss naturnah umgestaltet werden, damit keine Katastrophen wie 2018 mehr stattfinden; Zu- und Abflüsse sind zu vergrößern; der Phosphateintrag durch die Massentierhaltung im Umland ist deutlich zu verringern
- Die Verwaltung soll prüfen, ob zur Verbesserung der Wasserqualität des Aasees im Abschnitt zwischen Flußeinmündung und Torminbrücke die naturnahe Bepflanzung mit Schilf/Ried-Röhricht als biologischer Filter umsetzbar ist.
- Mehr Grünflächen und mehr Bäume, sowohl in der Innenstadt als auch in den Außenbezirken; kommunale Wälder sollen als Mischwälder naturnah gestaltet werden; bei der Wahl der zu pflanzenden Bäume sollten klimafeste, heimische Baumarten bevorzugt werden. Das hat auch den Vorteil, dass die Begrünung als Nahrungsquelle und Lebensraum für einheimische Insekten dient und so dem dramatischen Insektensterben entgegenwirkt.
- Schutz der Frischluftschneisen und Grünringe
- die Stadt soll Aktionspläne zum Umgang mit Extremwetterlagen, wie Hitzewellen und Überschwemmungen (»Schwammstadt«), erstellen

Produktion vor Ort. Kurze Wege, fairer Handel

DIE LINKE steht für eine nachhaltige, ökologische und soziale Wirtschaftspolitik zur Schaffung neuer Arbeits- und Ausbildungsplätze, vor allem in regionalen und ökologischen Wirtschaftskreisläufen.

Dafür steht DIE LINKE in Münster:

- Unterstützung der regionalen Herstellung und Vermarktung von Produkten; die Stadtverwaltung sollte als großer Abnehmer von Produkten und Dienstleistungen vor allem auf Regionalität, Nachhaltigkeit und faire Arbeitsbedingungen achten
- bei der Ausschreibung und Vergabe von öffentlichen

Aufträgen besteht Vorrang für ökologische und soziale Kriterien; die Stadt soll gerechte Entlohnung sowie Schutz von Klima und Umwelt zu den zentralen Kriterien ihrer Ausschreibungs- und Vergabepaxis machen

- wo Importe unvermeidbar sind, soll fairer Handel unterstützt und weiter ausgebaut werden
- Verwendung ausschließlich ökologisch nachhaltig und fair produzierter Nahrungsmittel in allen städtischen Schulen, Kitas und Kantinen
- Vermeidung von Müllverbrennung und Verwertung vor Ort; das langfristige Ziel ist, Transporte von Müll und die Entstehung von Abfall generell zu vermeiden; kurzfristig unterstützen wir bereits bestehende Maßnahmen, wie insbesondere die Kooperation mit der niederländischen Stadt Twente, wodurch die Transportwege des Abfalls verkürzt werden und die Abfallverwertungsanlagen besser genutzt werden
- die Weiterentwicklung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes: mehr Wiederverwertung von Abfall und höhere Recycling-Quoten; strenge Richtlinien zur Vermeidung nichtrecycelbarer Materialien und unnötiger Verpackungen

Landwirtschaft ökologisch nachhaltig gestalten

Etwa die Hälfte des Stadtgebietes wird landwirtschaftlich genutzt. DIE LINKE setzt sich für eine möglichst ökologische, d.h. vor allem pestizidfreie, Landwirtschaft ein. Leider hat die Stadt Münster nur auf einen Bruchteil der Flächen direkten Einfluss. Dieser Einfluss soll jedoch weitestmöglich genutzt werden.

Dafür steht DIE LINKE in Münster:

- Pestizidfreiheit auf allen von der Stadt Münster an Dritte verpachteten Flächen; Verpflichtung der Pächter, Wild- und Insekten-Schutzstreifen einzurichten
- die Förderung von regionalen, saisonalen und biologischen Produkten
- vermehrte Aufklärung über den ökologischen Fußabdruck unserer Nahrungsmittel
- die Förderung von kleinen landwirtschaftlichen Betrieben, insbesondere der solidarischen Landwirtschaft, zuungunsten der großindustriellen Landwirtschaft

Tierrechte stärken – Keine Profite mit Tierleid!

DIE LINKE erkennt das Recht von Tieren auf ein leidfreies Leben an und setzt daher auf einen Ausbau des Tierschutzes auf allen Ebenen. Die derzeitige Massentierhaltung lehnen wir ab. Keine Gefangenschaft kann jemals artgerecht sein. Solange aber eine Abschaffung der (Massen-) Tierhaltung auf Bundesebene noch nicht durchgesetzt worden ist, wollen wir auf lokaler Ebene alle Mittel nutzen, den Tierschutz zu verbessern und Missstände aufzudecken und abzustellen. So müssen Landwirt*innen in die Lage versetzt werden, den Umstieg zu einer tierleidfreien Produktionsweise bewerkstelligen zu können. Mit dem derzeitigen Subventionssystem wird hauptsächlich der Trend zu einer Vergrößerung der Betriebe unterstützt. Das wollen wir zugunsten kleinerer und ökologischer wirtschaftender Betriebe ändern.

Dafür steht DIE LINKE in Münster:

- Beendigung der Massentierhaltung

- die Stadt Münster soll sich für eine Veränderung des Subventionssystems in der Landwirtschaft einsetzen
- Ausbau des Tierschutzes: quälere Praktiken in der Tierhaltung gehören unterbunden; Transporte lebender Tiere müssen stark begrenzt und langfristig unterbunden werden
- um die Durchsetzung des Tierschutzgesetzes zu ermöglichen, sind die zuständigen Behörden, insbesondere die Veterinärämter, finanziell und personell besser auszustatten; Kontrollen müssen enghaschiger, kritischer und unangekündigt erfolgen
- keine Erweiterungsgenehmigungen für Mastanlagen und Schlachtfabriken
- mehr finanzielle Mittel für die Tierheime
- eine vollständige Beendigung von Tierversuchen; Forschungsergebnisse aus Tierversuchen sind nicht auf den Menschen übertragbar, dies wird untermauert von zahlreichen Studien; Alternativen zu Tierversuchen und die Forschung daran sind zu unterstützen; Einrichtungen wie beispielsweise das Tierversuchslabor »Covance« in Münster, in denen Tierversuche durchgeführt werden, wollen wir schließen bzw. so umbauen, dass sie in Zukunft vollständig ohne Tierversuche auskommen
- Verpflichtung aller städtischen Einrichtungen, in denen Mahlzeiten angeboten werden, zur täglichen Bereitstellung, sowie Ausweitung eines vegetarischen und veganen Angebotes. Dieses soll spürbar günstiger angeboten, um den Einstieg in eine vegetarische bzw. vegane Ernährungsweise zu erleichtern. Dafür sprechen neben Tierschutz und Klimaschutz auch Gesundheitsgründe und Gründe der globalen Ernährungssicherheit; die Produktion und der Konsum von tierischen Lebensmitteln müssen drastisch reduziert werden.
- Wildtierverschützung in den in Münster gastierenden Zirkussen gemäß dem Vorbild anderer Städte; städtische Flächen dürften nicht an Zirkusse vermietet werden, die Wildtiere mitführen
- Ausweitung und Vernetzung von Naturschutzgebieten
- Ein Umbau des Münsteraner Zoos gemäß dem »Masterplan Allwetterzoo« und eine deutliche Reduzierung des Tierbestandes zugunsten größerer Gehege und deutlich verbesserter Haltungsbedingungen; ein Zoo sollte vorrangig eine Bildungseinrichtung werden, die Respekt vor Tieren und deren Bedürfnissen vermittelt; ein Schwerpunkt der Arbeit des Zoos sollte der Erhalt der Artenvielfalt sein; der Fokus sollte stärker als bisher auf Auswilderungsprojekten liegen; keine Sonderveranstaltungen, wie beispielsweise »Nachts im Zoo«, die nur zur Generierung von finanziellen Mitteln dienen, aber das Leben der Tiere stören

Flächen gerecht und ökologisch nutzen

Im Sinne eines ökologischen Wandels muss sich die Flächennutzung in Münster an Umweltbelangen orientieren. Brachflächen und bereits bebaute Flächen sind besser zu nutzen. Die Versiegelung weiterer Flächen ist auf ein Minimum zu reduzieren. Insbesondere neue Industrie- und Gewerbeflächen sind nach sozialen und ökologischen Kriterien zu vergeben. Die intransparente Vergabe von Flächen nach Profitinteressen von Investoren, wie in der Vergangenheit oft geschehen, lehnen wir ab. Wir fordern, dass stattdessen die Men-

schen, die vor Ort leben, über den Umgang mit vorhandenen Brach- oder Freiflächen bestimmen, da sie die Betroffenen sind.

Dafür steht DIE LINKE in Münster:

- statt großer Investoren sollten die Betroffenen über die Nutzung von Flächen und die Bebauung entscheiden
- vorrangige Nutzung von gewerblichen Brachflächen für Neuansiedlungen von Gewerbe und Industrie; konsequente Verpflichtung der früheren Eigentümer beziehungsweise Nutzer zur Beseitigung von Altlasten
- die drastische Einschränkung des Freiflächenverbrauchs für Bauvorhaben; Nachverdichtungsmöglichkeiten sollen ausgenutzt werden; wo möglich und vertretbar sollen Gebäude aufgestockt und Dachgeschosse ausgebaut werden
- leerstehende Gebäude sollen nach Möglichkeit zuvorderst zu Wohngebäuden umgenutzt werden
- das Industrie- und Gewerbeflächenkonzept muss sich an ökologischen Kriterien orientieren
- Münster muss eine Stadt der kurzen Wege werden, in der Wohnen, Arbeiten, Einkaufen und Freizeit vor Ort stattfinden
- Ausweisung von mehr Grünflächen und öffentlichen Räumen als Orte der Begegnung
- Neue Einzelhandelszentren dürfen nur sehr restriktiv ausgewiesen werden
- Renaturierung von Flächen und Gewässern; mehr Ausgleichsflächen schaffen
- Urban Gardening-Projekten sollen Flächen zur Verfügung gestellt werden
- Dächer von Bushaltestellen und ähnlicher Infrastruktur sind zu begrünen
- Die Rieselfelder sollen autofrei werden und nicht mehr als Durchfahrtsstraße dienen

Mobilität ist Menschenrecht

Münster rühmt sich seit Jahren damit, Deutschlands »Fahrradhauptstadt« zu sein. Dass Anspruch und Wirklichkeit jedoch deutlich auseinanderklaffen, wurde spätestens klar, als Münster im April 2019 laut ADFC die Rolle als fahrradfreundlichste Großstadt an Karlsruhe verloren hat. Das ist das Ergebnis einer Politik, die sich seit Jahren auf den Lorbeeren der Vergangenheit ausruht und immer noch den Autoverkehr präferiert. Eine an sozialen und ökologischen Kriterien ausgerichtete Verkehrswende in Münster ist dringend notwendig, damit unsere Stadt den Mobilitätsbedürfnissen aller Menschen gerecht werden kann und gleichzeitig die Klimaziele der Stadt erreicht oder übertroffen werden können. Um das zu ermöglichen, muss der Umweltverbund (die klimaschonenden Verkehrsmittel Bus, Bahn, Fahrrad und Fußverkehr) gestärkt und systematisch auf Kosten des motorisierten Individualverkehrs attraktiver gemacht werden. Entgegen der Selbstdarstellung als Fahrradstadt werden weite Teile Münsters – insbesondere der Innenstadt – von Verkehrslärm und überfüllten Straßen geplagt. Gerade für viele Menschen mit geringen Einkommen, gesundheitlichen Problemen oder Behinderungen ist es äußerst wichtig, dass es zuverlässige, barrierefreie und kostengünstige öffentliche Mobilitätsangebote in ihrer Stadt gibt. Mobilität bedeutet eben auch soziale Teilhabe. Deshalb betrachten wir als LINKE Mobilität als

Menschenrecht und damit auch als gesellschaftliche Aufgabe, die nicht privatisiert und damit der Profitlogik unterworfen werden darf. Wir streiten insbesondere dafür sozio-ökonomische Mehrfachbenachteiligungen zu beseitigen. So sind es gerade die Menschen, die durch den Mietenwahnsinn in Münster in die Außen-Stadtteile und Vororte verdrängt werden, die auf einen dicht getakteten, vorzugsweise kostenlosen, ÖPNV angewiesen sind. In der sogenannten E-Mobilität sehen wir einen wichtigen Baustein für die Verkehrswende. Allein ist E-Mobilität aufgrund ihres Ressourcenbedarfs an z.B. Lithium und ihrer generellen Ökobilanz jedoch keine sinnvolle Antwort auf die Klimakrise. Eine langfristige Alternative könnte z.B. die Brennstoffzellentechnik sein. Eine Umstellung des derzeitigen Verkehrs vom Verbrennungs- auf den Elektromotor unter Beibehaltung des Vorrangs für den motorisierten Individualverkehr löst weder die aktuellen Umwelt- noch die Verkehrsprobleme. Gerade auch die Frage der Flächengerechtigkeit spielt in wachsenden Städten eine große Rolle und hängt eng mit der Verkehrspolitik zusammen. Wir als LINKE Münster sprechen uns daher gegen den weiteren Ausbau des Straßennetzes für den motorisierten Individualverkehr aus. Teil einer Verkehrswende muss zwingend auch der Ausstieg aus der Beteiligung am Flughafen Münster-Osnabrück (FMO) sein. In Zeiten des Klimanotstandes ist es unverständlich, dass die Stadt Münster mit dem Flugverkehr eine besonders umweltschädliche Form der Mobilität fördert. Vor allem da der FMO einen hohen Anteil der besonders schädlichen und unnötigen Inlandsflüge aufweist und lange Zeit nicht einmal kostendeckend betrieben werden konnte. Soweit die Maßnahmen zur Umsetzung der ökologisch und sozial notwendigen Verkehrswende in Münster nicht aus städtischen Haushaltsmitteln gedeckt werden können, setzen wir uns auf Bundes- und Landesebene für höhere finanzielle Zuweisungen an die Kommunen ein. Grundsätzlich sind wir der Meinung, dass die Kommunen innerhalb des föderalen Systems in Deutschland finanziell und politisch gestärkt werden müssen, um ihren zahlreichen wichtigen Aufgaben in der öffentlichen Daseinsvorsorge nachkommen zu können.

Dafür steht DIE LINKE in Münster:

- Einen Ausbau der B51 lehnen wir ab
- Wir fordern einen Ausstieg aus der Beteiligung am Flughafen Münster-Osnabrück (FMO)
- wir begrüßen die Reaktivierung der Strecke der westfälischen Landeseisenbahn (WLE) zwischen Münster und Sendenhorst und fordern die weitere Reaktivierung bis Beckum und Lippstadt
- die Pläne zum Ausbau des Albersloher Weges als Ausfallstraße, die zur Zerstörung der gewachsenen Strukturen im Bereich des alten Güterbahnhofs führen würden, lehnen wir ab
- Umverteilung des öffentlichen Verkehrsraums zugunsten von Rad- und Fußwegen und Busspuren; Abbau von PKW-Parkplätzen zugunsten von Fuß-, Rad- und Busverkehr

ÖPNV – Nahverkehr für alle, zuverlässig und fahrscheinfrei

Münster ist die der Einwohnerzahl nach größte Stadt in der Bundesrepublik ohne ein Straßenbahn-, S- oder

U-Bahnsystem. Tägliche Staus auf unseren Straßen sind die Folge.

Das Ziel der LINKEN in Münster ist deshalb ein flächendeckendes und barrierefreies

Angebot des öffentlichen Verkehrs mit attraktiver Taktung, guten Umsteigemöglichkeiten sowie unentgeltlicher Nutzung. Auch die Vororte müssen ohne Umwege durch die Innenstadt miteinander verbunden werden. Nur so kann eine signifikante Verlagerung des Verkehrsaufkommens auf den ÖPNV erreicht werden. Um das ÖPNV Angebot in Münster auszuweiten, wollen wir im ersten Schritt die Taktung des jetzigen Bussystems deutlich erhöhen. Perspektivisch sollen dann, wo möglich und sinnvoll, Straßenbahnlinien wiederhergestellt werden, und ansonsten Strecken für Oberleitungsbusse eingerichtet werden, die zu den umweltfreundlichsten Verkehrsmitteln zählen. Die Wiederherstellung bzw. Neueinrichtung von Haltepunkten an Strecken der Deutschen Bahn begrüßen wir. Ebenso setzen wir uns für eine größere Anzahl von ausgewiesenen Busspuren ein, um die Durchschnittsgeschwindigkeit der Busse zu steigern und eine zuverlässigere Taktung des Busverkehrs zu erreichen. Fahrpreiserhöhungen, wie während der letzten Wahlperiode unter Schwarz-Grün, lehnen wir konsequent ab. Das eigentliche Ziel muss aber eben sein, zu einem für alle unentgeltlich nutzbaren öffentlichen Nahverkehr zu kommen. Dabei stellt sich natürlich vor allem die Frage der Finanzierung. Wir sind keinesfalls der Meinung der anderen Parteien, dass ein solches Vorhaben nicht finanzierbar ist. Es gibt international zahlreiche Beispiele für Städte, in denen ein kostenloser ÖPNV erfolgreich eingeführt wurde und betrieben wird, z.B. die estnische Hauptstadt Tallinn. Geschätzte 50 Millionen Euro im Jahr würde das in Münster kosten. Viel Geld, das auf rein kommunaler Ebene nicht so einfach aufzubringen wäre. Vor dem Hintergrund, dass derzeit in Münster mal wieder ernsthaft über ein fragwürdiges Leuchtturmprojekt wie den »MusikCampus« diskutiert wird, der Summen ähnlicher Größenordnung verschlingen würde, wird aber deutlich dass es hier wohl mehr um das Setzen von Prioritäten, als um die eigentlichen finanziellen Mittel geht. Darüber hinaus halten wir es für sinnvoll, auf Bundesebene ein entsprechendes Paket zur Förderung des ÖPNV aufzulegen. Die LINKE hat dazu bereits Konzepte vorgelegt und vorgerechnet, wie ein bundesweit kostenloser ÖPNV sauber durchfinanziert werden könnte. Alleine eine Streichung der umweltschädlichen Subventionen für Diesel und Kerosin wäre bereits die halbe Miete.

Der Bund könnte außerdem einen Fonds einrichten, um die Kommunen beim Wechsel auf einen unentgeltlichen ÖPNV zu unterstützen. Wir sind der Meinung, dass die Kommunen im föderalen System der Bundesrepublik grundsätzlich finanziell besser gestellt werden müssen. Vor dem Hintergrund von Milliarden an Überschüssen, die der Bund seit Jahren einfährt, wäre das nicht nur machbar, sondern ein äußerst sinnvolles Investitionsprogramm. Eine weitere Finanzierungsoption wäre eine Nahverkehrsabgabe für lokale Unternehmen. Außerdem sind wir für die Erhöhung von Parkgebühren in der Innenstadt. Auch das sollte Teil der Verkehrswende sein. Die Möglichkeiten zur Finanzierung sind also vorhanden, was fehlt ist der politische Wille der etablierten Parteien. Für eine Über-

gangsphase hin zum unentgeltlichen ÖPNV, halten wir es auch für eine mögliche Variante in einem ersten Schritt die Ticketpreise deutlich zu senken und z.B. ein 365€ Jahresticket für alle anzubieten. Für Menschen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind, müsste es in diesem Fall einen vergünstigten Tarif geben.

In diesem ganzen Zusammenhang halten wir es darüber hinaus für sehr wichtig, dass die schleichende Privatisierung im Bereich von Bus und Bahn gestoppt und rückgängig gemacht wird. Verkehrsinfrastruktur gehört in öffentliche Hand und muss keinen Profit erwirtschaften. Eine Orientierung der Mobilitätsangebote an Markt und Profit führt erwiesenermaßen zu fatalen Ergebnissen. Die Preise steigen, die Infrastruktur verkommt, Löhne werden gedrückt. Profitieren tun nur die Konzerne und ihre Eigentümer. Ein Blick nach z.B. Großbritannien reicht um diese Einsicht zu gewinnen. Die LINKE steht für Verkehrsinfrastruktur in öffentlichem Eigentum und für gute Löhne für eine gut organisierte Belegschaft der Verkehrsbetriebe.

Dafür steht DIE LINKE in Münster:

- unentgeltlicher ÖPNV; die LINKE hat bereits Konzepte zur Finanzierung vorgelegt. Insbesondere sind umweltschädliche Subventionen für Diesel und Kerosin zu streichen. Eine Orientierung an den Städten, die bereits erfolgreich einen unentgeltlichen ÖPNV betreiben, wäre sinnvoll.
- Ticketpreiserhöhungen, wie zuletzt durch das schwarz-grüne Ratsbündnis, lehnen wir entschieden ab
- Höhere Taktung und mehr Buslinien im ÖPNV – innerhalb Münsters, zwischen den Vororten und ins Umland; Ausweisung von Park&Ride-Plätzen außerhalb der Innenstadt; Ausweisung weiterer Busspuren für eine Beschleunigung des Busverkehrs
- Münster soll sich für einen Ausbau des Schienennetzes und für mehr barrierefreie Bahnhaltdepunkte einsetzen, u.a. in Berg Fidel / Preußenstadion
- wir plädieren für die Einrichtung eines Systems von Oberleitungsbussen, die mit erneuerbaren Energien betrieben werden
- Privatisierung von Verkehrsinfrastruktur lehnen wir ab

Rad- und Fußverkehr in einer Stadt der kurzen Wege

Die Bereiche Rad- und Fußverkehr sind aufgrund ihrer ökologischen Vorteile zulasten des motorisierten Individualverkehrs auszubauen. Dazu gehört die Erweiterung des Rad- bzw. Fußwegenetzes und ganz allgemein eine Neuaufteilung von Verkehrsflächen zugunsten des Umweltverbundes. Im Rahmen der Stadtplanung muss zukünftig darauf geachtet werden, dass sich Münster an dem Leitbild der »Stadt der kurzen Wege« orientiert, denn möglichst geringe Distanzen zwischen Wohn-, Arbeits-, Nahversorgungs- und Freizeitorten sind notwendig, um die Attraktivität des Rad- und Fußverkehrs deutlich zu steigern. Ein dringend zu lösendes Problem, gerade in Münsters Innenstadt, ist das Fehlen von Parkmöglichkeiten für Fahrräder. Eine Umwidmung von existierenden PKW-Parkplätzen in Fahrradabstellmöglichkeiten wäre daher eine sinnvolle Maßnahme. Den Trend zur Nutzung von Lastenrädern begrüßen und unterstützen wir, auch dafür braucht es aber brei-

tere Radwege und mehr Abstellmöglichkeiten. Vorrangschaltungen für Fahrradfahrer*innen an Ampeln bzw. eine grüne Welle für Fahrradfahrer*innen sind trotz gegenteiliger Behauptungen möglich und somit einzurichten. Als positives Beispiel dient hier die Stadt Utrecht. Fußgängerampeln, die nach Betätigung schnellstmöglich grün werden, halten wir für einen weiteren Baustein einer ökologischen Verkehrswende.

Dafür steht DIE LINKE in Münster:

- Verbesserung der Radwege; breitere Radspuren, mehr Abbiegespuren, Reparatur kaputter Radwege, bessere Ampelschaltungen; umfangreicheres Radwegenetz
- eine ausreichende Anzahl an Fahrradstellplätzen, auch für Lastenräder
- zusätzliche, dezentrale öffentliche Fahrradverleihstationen einrichten
- Leitbild der »Stadt der kurzen Wege«
- bessere Integration und Verzahnung von Fuß- und Radverkehr mit dem ÖPNV, z.B. durch mehr Radstellplätze an Bushaltestellen

Ja zur autofreien Innenstadt!

Verkehrswende endlich richtig machen

DIE LINKE setzt sich für eine autofreie Innenstadt ein. Beispiele aus anderen Städten haben gezeigt, dass die Lebensqualität dadurch steigt, die Attraktivität der Innenstadt wächst und ökologische Schäden minimiert werden. Für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), Lieferverkehr, Menschen mit Handicaps, Einsatzkräfte und Handwerker*innen werden hierbei Ausnahmeregelungen getroffen. Viel zu oft sind innerstädtische Bürgersteige derzeit kaum noch benutzbar, weil abgestellte Autos Teile des Fußweges blockieren, welcher zusätzlich mit Fahrrädern und E-Rollern vollgestellt ist. Besonders in den Nebenstraßen ist dies ein Problem. Grundsätzlich ist festzuhalten, dass private Pkw durch den sehr geringen zeitlichen Anteil, während dem sie tatsächlich genutzt werden, eine denkbar ineffiziente Flächennutzung gerade in der Innenstadt darstellen. Die autogerechte Stadt war und ist ein eklatanter Irrweg, den es zu verlassen gilt. Wir streben daher kurzfristig die deutliche Reduzierung von Autoverkehr und Autoparkplätzen insbesondere in der Innenstadt an. In einem ersten Schritt soll der Bereich innerhalb des Promenadenrings autobefreit werden, in einem zweiten Schritt dann der Bereich innerhalb des zweiten Tangentenrings, also der Ringstraßen. Das wird Emissionen und Lärm deutlich reduzieren und schafft mehr Platz in den derzeit ständig zugesperrten Innenstadtbereichen.

Dafür steht DIE LINKE in Münster:

- autofreie Innenstadt; innerhalb der Promenade sofort, perspektivisch innerhalb der Ringstraßen
- bis zur Umsetzung der autofreien Innenstadt werden die Parkgebühren auf innerstädtischen Parkplätzen erhöht um den Autoverkehr weniger attraktiv zu machen und zur Finanzierung des unentgeltlichen ÖPNVs beizutragen
- Aus Umwelt- und Sicherheitsgründen soll in den Nicht-autofreien, aber dicht bebauten Stadtteilen perspektivisch eine Regelgeschwindigkeit von 30 km/h gelten

■ kommunale Fahrzeugflotten sind auf weniger umweltschädliche Antriebstechnologien umzurüsten, und perspektivisch zu reduzieren, bzw. wo sinnvoll durch Dienstfahrräder zu ersetzen

Pendel- und Lieferverkehr verlagern und reduzieren

Der Pendlerverkehr verursacht in Münster einen Großteil der täglichen Fahrten im motorisierten Individualverkehr. Auch hierbei kommt dem ÖPNV in Zukunft eine größere Bedeutung zu. Eine höhere Anzahl von Strecken verbunden mit einer dichteren Taktung wäre die Grundlage dafür, Menschen aus den Autos in den ÖPNV zu locken. Insbesondere weist der Schienenverkehr ungenutzte Potentiale auf. So sollte z.B. die Strecke Münster-Lünen-Dortmund komplett zweigleisig ausgebaut werden. Park&Ride-Plätze außerhalb der Innenstadt sind auszuweiten, umweltfreundliches Verhalten ist durch möglichst niedrige Fahrpreise zu belohnen. Das Problem des Pendlerverkehrs kann aber nicht allein in Münster gelöst werden, dazu gehört selbstverständlich eine enge Zusammenarbeit mit den umliegenden Kreisen bzw. Gemeinden. Ein weiterer Bereich, der zu den regelmäßigen Verkehrsinfarkten in Münster beiträgt, ist der zunehmende Lieferverkehr. Immer mehr Konsumgüter werden über das Internet bestellt und mit dem LKW geliefert. Täglich

sind unterschiedlichste Paketdienste damit beschäftigt überhaupt erstmal einen Parkplatz zu finden, was häufig dazu führt, dass in zweiter Reihe geparkt und noch mehr Stau verursacht wird. Dieses chaotische Nebeneinander muss ein Ende haben. Mindestens ein Verteilzentrum, das die Pakete aller Paketdienste annimmt und dann mit wesentlich weniger Einzelfahrten weiterverteilt, muss pro Stadtteil eingerichtet werden. Von diesen Stadtteilpaketzentren aus wäre auch ohne Probleme eine Auslieferung per Lastenrad möglich. Auch für die Bestellung von Lebensmitteln wie z.B. Getränken muss gelten: Eine ökologisch optimierte Lieferung ist einer nur auf Geschwindigkeit ausgerichteten vorzuziehen.

Dafür steht DIE LINKE in Münster:

- wir wollen ein Schnellbussystem, das insbesondere die Vororte miteinander verbindet; die Verbindungen zwischen den Orten im Münsterland und Münster müssen durch höhere Taktung verbessert werden
- Komplette zweigleisiger Ausbau der Strecke Münster-Lünen-Dortmund; allgemein stärkerer Fokus auf die Schiene als effizientes und umweltfreundliches Verkehrsmittel
- Einrichtung von Stadtteil-Paketzentren für den Lieferverkehr, um redundante Fahrten von Lieferdiensten zu reduzieren

V. Sicherer Hafen Münster – Refugees welcome!

Bleiberecht und dezentrale Unterbringung von Geflüchteten

In den letzten Jahren waren immer mehr Menschen gezwungen, aus ihren Heimatländern zu fliehen. Die Fluchtursachen sind vielfältig: Kriege, ökologische Katastrophen oder Krankheiten. Andere werden aufgrund ihrer religiösen oder politischen Überzeugung oder ihrer sexuellen Orientierung verfolgt. Allen diesen Menschen ist gemein, dass sie vor lebensunwürdigen Umständen oder sogar dem sicheren Tod flüchten. An vielen Fluchtursachen ist Deutschland nicht unschuldig, sei es die Beteiligungen an Kriegen, Waffenlieferungen, unfaire Freihandelsabkommen oder der Klimawandel. Es ist daher nicht nur unsere Verantwortung, diese Menschen aufzunehmen und ihnen eine sichere Zuflucht zu gewährleisten, sondern auch, ihnen ein integriertes und humanes Leben ohne gesellschaftliche Isolation zu ermöglichen. Anstatt dieses Grundrecht auf ein menschenwürdiges Leben für alle Menschen zu verwirklichen, verfolgen Bundes- und Landesregierung eine Politik der Entrechtung und stellen Geflüchtete unter Generalverdacht. Ihre Bewegungsfreiheit wird durch Residenzpflichten und Wohnsitzauflagen eingeschränkt, sie haben Arbeitsverbote, erhalten nur eine eingeschränkte Gesundheitsversorgung und erhalten Geld- oder gar Sachleistungen weit unterhalb eines menschenwürdigen Existenzminimums. Geflüchtete Menschen brauchen jedoch Perspektiven, sie brauchen Chancen auf Bildung und Existenzsicherung durch Arbeit. Hier kann und muss die Stadt Münster, soweit es innerhalb der kommunalen Möglichkeiten liegt, Vorbild innerhalb Deutschlands und Europas

sein. Der Mythos von „beschränkten Aufnahmekapazitäten“ soll davon ablenken, dass durch jahrelange neoliberale Politik und Privatisierungen, insbesondere der öffentlichen Daseinsvorsorge, die Kassen der Kommunen leer sind. Die öffentliche Daseinsvorsorge ist bedroht, allerdings nicht von Geflüchteten, sondern von einer Politik, die nur im Interesse der Reichen, Banken und Konzerne steht. DIE LINKE stand in den vergangenen Jahren an der Seite zahlreicher Initiativen, die sich gegen Rassismus und die inhumane Abschiebep Praxis und für Integration und Aufnahme geflüchteter Menschen engagiert haben. Mit Hilfe der LINKEN konnte nicht nur die Zentrale Ausländerbehörde in Münster verhindert werden, deren Aufgabe es gewesen wäre, Abschiebungen durchzuführen anstatt Perspektiven für Geflüchtete zu entwickeln. Mit unserer Hilfe wurde Münster schließlich auch zu einem sicheren Hafen für aus Seenot gerettete Menschen erklärt – gegen den Widerstand von CDU und Grünen. Wir bleiben dabei: Seenotrettung ist kein Verbrechen! Kein Mensch ist illegal!

Dafür steht DIE LINKE in Münster:

- Münster muss sich auf Bundes- und Landesebene gegen Abschiebungen einsetzen; Wir fordern ein Bleiberecht für alle geflüchteten Menschen sowie ein Recht auf Familiennachzug
- Münster soll sich auf Bundesebene für die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes einsetzen; die viel zu niedrigen Leistungen sind inhuman und diskriminierend; stattdessen sollen Geflüchtete Menschen umgehend in den Arbeitsmarkt integriert wer-

den bzw. ihnen soll die Möglichkeit auf sofortige (Weiter-) Bildung gegeben werden; geflüchtete Menschen sollen, soweit sie noch keine Arbeit gefunden haben, dieselben Transferleistungen erhalten wie deutsche Staatsbürger

- Gewährleistung einer besseren medizinischen Versorgung und insbesondere psychologischer und psychotherapeutischer Betreuung, beispielsweise für Menschen mit traumatischen Erfahrungen, insbesondere auch Kinder und Jugendliche
- Eine dezentrale Unterbringung aufgenommener Geflüchteter
- Einfacher Zugang zu schulischer Ausbildung, Sprachkursen (auch mit kursbegleitender Kinderbetreuung) und weiteren Bildungsmöglichkeiten sowie Sport- und Freizeitangeboten
- Mehr Personal und eine schnellere Antragsbearbeitung bei der Ausländerbehörde
- Veröffentlichung von Informationen, Broschüren und Formularen in verschiedenen Fremdsprachen sowie in leichter Sprache
- Ausbau der kostenlosen Rechtsberatung für Asylsuchende und Migrant*innen hinsichtlich Asyl- und Asylbewerberleistungsrechten, Heirat, Familie, Wohnen und Studium in Deutschland
- Finanzielle und personelle Förderung von Projekten gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit sowie personelle und finanzielle Unterstützung ehrenamtlicher Initiativen; wir begrüßen es, dass sich so viele Menschen in Münster in der Geflüchtetenhilfe engagieren; eine Privatisierung der Geflüchtetenhilfe, wie beispielsweise das Nest-Programm, lehnen wir ab

Integration: Für ein gleichberechtigtes und solidarisches Miteinander in Münster

Migrant*innen haben das Recht, selbstbestimmt und ohne Diskriminierung zu leben. Dies kann nur gelingen, wenn wir alle unser Zusammenleben gemeinsam und gleichberechtigt gestalten. Die Realität sieht jedoch immer noch anders aus. Täglich werden Rassismus und Fremdenfeindlichkeit nicht nur von rechten Parteien und Gruppierungen, sondern auch durch die Medien geschürt. Die Unterdrückung und Diskriminierung von Menschen mit Migrationshintergrund drückt sich aus in alltäglicher Gewalt und Ausgrenzung, in niedrigeren Löhnen und geringeren Chancen auf sozialen Aufstieg. Fehlende Bildungsgerechtigkeit und mangelnde Möglichkeiten der politischen Teilhabe, Rassismus im Alltag, räumliche Trennung in Wohnvierteln und die überdurchschnittlich hohe Arbeitslo-

sigkeit erschweren die Integration. Geflüchteten und Migrant*innen ist der Zugang zum Arbeitsmarkt durch Arbeitsverbote, Nachrangigkeitsregelungen und besondere Restriktionen erschwert.

Die Rechte von Migrant*innen stehen nicht im Gegensatz zu denen deutscher Staatsbürger. Viele Menschen in Deutschland leben in Armut, sind auf Hartz IV angewiesen oder der Lohn reicht nicht zum Leben. Aber keiner hätte auch nur einen Euro mehr in der Tasche, wenn niemand mehr flüchten oder einwandern würde. Die Ursache für all diese Missstände, unter denen Migrant*innen und Geflüchtete ebenso wie Nicht-Migrant*innen leiden, ist eine verfehlte Politik, die nur den Reichen nützt. Statt uns gegeneinander ausspielen zu lassen, müssen wir gemeinsam dafür kämpfen, dass es uns allen besser geht. Die Stadt Münster muss bessere Rahmenbedingungen für eine echte und nachhaltige Integration schaffen.

Dafür steht DIE LINKE in Münster:

- Mehrsprachigkeit sollte nicht als Problem sondern als Chance begriffen werden insbesondere an Schulen und Bildungseinrichtungen
- Eine Zusammenarbeit mit Hochschulen, Schulen, Handels- und Handwerkskammern und Unternehmen vor Ort zur Erarbeitung von Konzepten zur Anerkennung von Schul-, Hochschul- und Berufsabschlüssen aus Nicht-EU-Ländern
- Organisationen, in denen sich Migrant*innen selbst organisieren, sollen in politische Entscheidungen der Stadtverwaltung, der Ausschüsse und des Rates einbezogen werden; insbesondere der Integrationsrat ist politisch zu stärken und mit mehr finanziellen Mitteln auszustatten; der Integrationsrat soll Stimmrecht in allen Ausschüssen haben
- Die Förderung interkultureller und antirassistischer Projekte und Veranstaltungen, insbesondere in der Jugendarbeit und an Schulen; Erhöhung der Fördermittel für Projekte und Maßnahmen im Bereich Migration und Integration
- Willkommens- und Intensivklassen an Schulen; Einstellung von mehr Lehrkräften mit Deutsch als Zweit-/ Fremdsprache, Schulsozialarbeiter*innen und psychologischen Fachkräften
- Kommunale Finanzierung von Dolmetscher*innen für alle Behördengänge
- Die vermehrte Einstellung von Menschen mit Migrationshintergrund bei der Stadt Münster; alle Bewerbungsverfahren bei der Stadt Münster und ihren Gesellschaften sollen anonym durchgeführt werden

VII. Für ein friedliches Münster – gegen Militär, Krieg und Faschismus!

Friedensstadt Münster!?

»Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen.« Dieses Zitat des französischen Politikers Jean Jaurès hat nicht nur nichts von seiner Gültigkeit verloren, sondern erhält in diesen Tagen wieder traurige Aktualität. Offen und unverblümt liefern sich Industriestaaten einen Wettlauf um Ressourcen und geostrategische Vorteile. Krieg wird von bürgerlichen Parteien

wieder als Mittel der Politik betrachtet, Konzerne gießen nach fetten Kriegsgewinnen. Während Gelder für Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Arbeit fehlen, sollen die Rüstungsausgaben im Bundeshaushalt bis 2024 auf bis zu 70 Milliarden Euro steigen. Münster schmückt sich zwar mit dem Titel „Stadt des Westfälischen Friedens“. Die Realität ist aber eine ganz andere. Krieg beginnt (auch) hier in Münster. So ist Müns-

ter Sitz der NATO Speerspitze ("Very High Readiness Joint Task Force"). Die Militarisierung der Gesellschaft geht auch an Münster nicht vorbei. Die Bundeswehr ist gern gesehener Gast auf Veranstaltungen und wirbt ungeniert Minderjährige zum Töten an. Sie führt auf Straßen und Plätzen Veranstaltungen und Tage der offenen Tür in ihren Kasernen für Familien durch. Bei der Nachwuchswerbung macht sie auch keinen Halt vor Bildungseinrichtungen und Schulen. Für Werbezwecke hat das Verteidigungsministerium Zugriff auf die kommunalen Meldedaten aller Jugendlichen. Die zivil-militärische Zusammenarbeit findet auch in Münster mit schlafwandlerischer Selbstverständlichkeit statt. Nicht nur Patenschaften mit Einrichtungen der Bundeswehr sollen die Verbundenheit von Kommunen mit der Bundeswehr stärken. Das Militärische soll ganz normaler Alltag werden. Dabei wird an alte militärische Traditionen und teilweise sogar an das kolonialistische Erbe Deutschlands angeknüpft. So werden in Städten und Gemeinden Kriegerdenkmale gepflegt, Straßen und Plätze tragen immer noch Namen von Militaristen und Kriegsverbrechern aus dem 1. und 2. Weltkrieg. Die Bundeswehr gehört mit ihrem Verbrauch von fossilen Brennstoffen, Manöverschäden und Verseuchung von Truppenübungsplätzen – auch hier in Münster – zu den größten Umweltsündern. Für uns LINKE ist klar: Münster muss wieder eine Stadt des Friedens werden. Frieden beginnt hier und jetzt.

Dafür steht DIE LINKE in Münster:

- Einführung einer Zivilklausel für die Stadt Münster sowie ihre Betriebe und Beteiligungen
- Keinen Zugang der Bundeswehr zu Schulen und Ausbildungsmessen zu Werbe- und Marketingzwecken; stattdessen Förderung von Friedensbildung in Kitas, Schulen, Hochschulen und Einrichtungen der Erwachsenenbildung in Kooperation mit den Friedensgruppen in Münster
- Umfassende Aufklärung der Jugendlichen über ihr Widerspruchsrecht gegen die Weitergabe ihrer Meldedaten an die Bundeswehr
- Umgestaltung oder Entfernung von kriegsverherrlichenden Denkmälern;
Umbenennung von Straßen und Plätzen, die immer noch nach Militaristen und Kriegsverbrechern benannt sind oder kolonialistische Namen tragen
- Die Fläche der Manfred-von-Richthofen-Kaserne soll, wie ursprünglich geplant, für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden, statt weiterhin von der Bundeswehr genutzt zu werden. Wir lehnen jede zusätzliche Beanspruchung von Flächen in Münster, die der weiteren Aufrüstung der Bundeswehr dienen soll.
- Bereitstellung von Gewerbeflächen nur für Betriebe, die keine Rüstungsgüter und Waffen herstellen oder Zulieferer für Rüstungsbetriebe sind und die keine Entwicklung zur Herstellung von Rüstungsgütern betreiben
- Verweigerung von Flächen und Standplätzen für die Werbung der Bundeswehr in Städten und Gemeinden; eine Teilnahme von Repräsentant*innen der Stadt an Bundeswehrveranstaltungen lehnen wir ab
- Unterstützung von Städte- und Projektpartnerschaften zur Völkerverständigung sowie Förderung der internationalen Zusammenarbeit von Schulen, sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Vereine und Kulturein-

richtungen

- Kommunale Entwicklungszusammenarbeit mit Städten und Regionen, die von Kriegen und Klimafolgen betroffen sind, unter Beteiligung von Migrant*innen

Keinen Fußbreit dem Faschismus – für ein solidarisches Münster

Münster hat eine jahrelange Tradition antifaschistischer Proteste gegen Aufmärsche und Auftritte rechter Hetzer aufzuweisen. Ob NPD, ProNRW, Pegida oder andere Rassisten und Faschisten – sie alle haben in Münster stets lautstarken Gegenwind bekommen. In den vergangenen Jahren hat sich die extreme Rechte in Deutschland neu gruppiert. Widerstand gegen Rassismus und andere menschenverachtende Ideologien zu leisten, heißt heute vor allem sich der in den letzten Jahren erstarkten AfD entgegen zu stellen. Die AfD ist ein Sammelbecken für Nationalisten, Ewiggestrige und Neonazis und ermutigt durch ihre Hetze und Wahlerfolge rechte Gewalttäter dazu loszuschlagen. Die Erfolge der AfD hielten sich in Münster bisher in Grenzen. Dies ist vor allem den ungebrochen großen zivilgesellschaftlichen Protesten gegen ihre Veranstaltungen und öffentlichen Auftritte zu verdanken, die das Klima in der Stadt nach links verschoben haben und eindeutig zeigen: In Münster ist kein Platz für braune Hetze! DIE LINKE ist seit jeher Teil der Mobilisierungen gegen Rechts und steht konsequent an der Seite der Betroffenen gegen Rassismus, Sexismus, Antisemitismus, Homophobie und alle Formen von Diskriminierung und Verfolgung. Unsere Mitglieder engagieren sich in Bewegungen und Bündnissen gegen rechten Hass und für eine solidarische und offene Stadtgesellschaft. DIE LINKE tritt dafür ein sich den Wiedergängern des dritten Reichs stets dort in den Weg zu stellen, wo sie ihren Hass und ihre Gewalt verbreiten wollen – auf der Straße und in den Parlamenten. In den Parlamenten und Gremien wird DIE LINKE keinem Antrag der Rassistenpartei AfD zustimmen und stets deren Hetze entlarven. „Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen.“ (Max Horkheimer) Als Sozialist*innen ist uns klar, dass Protest gegen Faschisten auf der Straße zwar unerlässlich ist, aber das Problem allein nicht beseitigen wird. Im Kapitalismus herrscht eine winzige Minderheit über den Großteil des gesellschaftlichen Reichtums. Um ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten und von sozialen Ungerechtigkeiten abzulenken, brauchen die Herrschenden die Spaltung der Menschen durch Ideologien, wie Rassismus und Sexismus. Der Kapitalismus erzeugt somit nicht nur die soziale Spaltung und Verzweigung, die den Nährboden für den Faschismus bildet. Er heizt auch immer wieder den Rassismus an und bietet rechter Hetze eine Bühne. Wollen wir die Gefahr des Faschismus ein für allemal bannen, dann müssen wir den von Konkurrenz und Ungleichheit geprägten Kapitalismus überwinden und eine solidarische, eine demokratisch-sozialistische Gesellschaft aufbauen.

Dafür steht DIE LINKE in Münster:

- Keine Zustimmung zu Anträgen der AfD; keine interfraktionellen Anträge unter Beteiligung der AfD
- Unterstützung breiter gesellschaftlicher Proteste und Aktionen des zivilen Ungehorsams gegen öffentliche Auftritte und Veranstaltungen rechtsextremer

Parteien und Gruppen

- keine Kriminalisierung von antifaschistischen Protesten und Aktionen des zivilen Ungehorsams gegen Naziaufmärsche und rechtspopulistische Gruppen
- Förderung lokaler antifaschistischer und antirassistischer Gruppen oder Initiativen und Projekte, welche Demokratie und ein solidarisches, interkulturelles Miteinander fördern, sowie von Aussteigerprogrammen aus der

rechtsextremen Szene und vernetzenden regionalen Angeboten, wie Mobim

- Bereitstellung von finanziellen Mitteln zur kommunalen Bildungs- und Aufklärungsarbeit gegen Rechts-Extremismus und Diskriminierung an Schulen, in Jugend- und Familieneinrichtungen, sowie Freizeit- und Sportstätten
- Rechten Ideologien den sozialen Nährboden entziehen durch eine sozialgerechte Stadtpolitik

VIII. Gute Arbeit, gute Löhne, solidarische Wirtschaft

Politische Entscheidungen werden viel zu oft an Profiteressen ausgerichtet. Ansätze solidarischen Wirtschaftens werden marginalisiert. Das gilt nicht nur auf Landes-, Bundes- und Europaebene, sondern auch im kommunalen Bereich. Entsprechend haben sich die Arbeitsbedingungen abhängig Beschäftigter verändert: Der Anteil der regulären Vollzeitbeschäftigung geht zurück. Arbeitsverhältnisse sind immer unsicherer und belastender geworden durch Befristungen und ständige Erreichbarkeit bis hin zur permanenten Abrufbarkeit mit 0-Stunden-Verträgen im Dienstleistungsbereich. DIE LINKE will gute und vor allem gut bezahlte Arbeit statt ungesicherter, prekärer und unterbezahlter Beschäftigung. Jeder Mensch, egal ob erwerbstätig oder nicht, soll sozial abgesichert sein. Beschäftigte müssen dazu in der Lage sein, ihr Leben zu planen. Wir kämpfen daher für reguläre, sichere Beschäftigungsverhältnisse. Diese dürfen nicht durch Leiharbeit, Zeitarbeit, Scheinselbstständigkeit, Endlos-Praktikaschleifen, 1-Euro-Jobs oder Mini- und Midijobs ersetzt werden. Ebenso ist uns Gleichberechtigung im Arbeitsleben ein Anliegen. Unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Behinderung und Alter muss gelten: Gleiches Entgelt und gleiche soziale Standards für gleiche und gleichwertige Arbeit. Schluss mit Armutslöhnen und Lohndumping. Wir fordern einen gesetzlichen Mindestlohn in existenzsichernder Höhe, mindestens jedoch 12 Euro pro Stunde. Kommunal setzen wir uns entsprechend dafür ein, dass die Stadt Münster sowohl ihren Beschäftigten gute Arbeitsbedingungen bietet als auch als Auftraggeber vor allem ökologische und soziale Standards berücksichtigt. Wir wollen außerdem, dass die Stadt Münster soziale Gerechtigkeit und Umweltschutz bei der Entwicklung der örtlichen Wirtschaft in den Vordergrund stellt. Die Münsteraner Innenstadt ist einerseits ein Publikumsmagnet und entwickelt sich andererseits unter kapitalistischem Zwang in eine negative Richtung. Höchstmieten haben traditionelle Fachgeschäfte und (kreative) Handwerksbetriebe fast vollständig verdrängt zugunsten von Filialen großer Handelsketten und Konzerne. Die Folge der Verdrängung ist eine Banalisierung des Warenangebotes, welches sich von dem vergleichbarer Städte nicht mehr unterscheidet. Die Stadt Münster soll Möglichkeiten prüfen, kleinteilige Einzelhandelsflächen ähnlich einem Markt oder Basar im Verbund und außer Konkurrenz anzubieten und somit die Attraktivität der Innenstadt zu stärken und gute Arbeitsplätze zu schaffen.

Dafür steht DIE LINKE in Münster:

- Fachgeschäfte und Handwerksbetriebe sind durch angebotene Einzelhandelsflächen in der Innenstadt zu stärken
- existenzsichernde Arbeitsplätze für alle Qualifikationsstufen mit angemessenen Vergütungen
- bei Vertragspartner*innen der Stadt müssen arbeitsrechtliche Normen und tarifliche Regelungen konsequent eingehalten werden
- Betriebs- und Personalräte stärken
- keine Umgehung von Tarifverträgen durch Auslagerung von Dienstleistungen an externe (Billig-)Anbieter; insb. Die Dienstleistungen im Bereich der Sicherheit, Wachdienste, Fahrdienste, Friedhöfe, Reinigung, Wäschereien, Schul- und Hausverwaltungen sind in die öffentliche Hand zurückzuführen
- keine Befristung ohne sachlichen Grund, weder bei der Stadtverwaltung noch bei Gesellschaften, an denen die Stadt beteiligt ist
- kommunale Unternehmen müssen Nachhaltigkeit, Arbeitnehmer*innenbelange (insbesondere die Vereinbarkeit von Familie und Beruf) und das betriebliche Gesundheitswesen besonders berücksichtigen; kommunale Unternehmen müssen eine Vorbildfunktion für andere Unternehmen haben
- eine langfristige Übernahmegarantie für Auszubildende der Stadt Münster und ihrer Gesellschaften
- öffentlich-private Partnerschaften (PPP) lehnen wir ab
- bei der Neuansiedlung von Unternehmen auf städtischen Gewerbeflächen ist nach Möglichkeit tarifgebundenen Unternehmen der Vorzug zu geben; gleiches gilt für die Beachtung sozialer und ökologischer Standards in den Lieferketten dieser Unternehmen
- Bei der Planung neuer Stadtquartiere ist auf eine gesunde Mischung von Wohnen und Arbeiten zu achten, um so das Verkehrsaufkommen durch lange Arbeitswege zu reduzieren; hierbei ist Kleingewerbe und Handwerk Vorzug vor großen Ketten zu gewähren
- bei allen Entscheidungen über die Entwicklungen der örtlichen Wirtschaft muss der Klimaschutz, entsprechend des ausgerufenen Klimanotstandes, ein vorrangiges Kriterium sein
- Unterstützung der Gründung von am Gemeinwohl orientierten Genossenschaften durch Rat und Verwaltung durch Beratung und die Vergabe von Zuschüssen und Krediten
- Keine weitere Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten.
- verkaufsoffene Sonntage lehnen wir aufgrund der

starken Belastung der Beschäftigten ab

- eine Verpflichtung der Sparkasse Münsterland Ost, keine Kreditverträge und damit Kundenbeziehungen u.a., an andere Finanzdienstleister oder Inkassounternehmen zu verkaufen
- kleine und mittlere Unternehmen und regionale Wirtschaftskreisläufe sind stärker zu unterstützen
- die zeitnahe Abwicklung öffentlicher Aufträge durch die Verwaltung; diese muss so organisiert werden,

dass kleinere Betriebe nicht in Zahlungsschwierigkeiten geraten

- die Förderung des regionalen Mittelstandes durch die Bildung von kleineren Losgrößen (Teilung des Gesamtleistungsumfangs bei großen Aufträgen) bei Investitionen und Auftragsvergaben (gewerbebezogene Fachlosvergabe)

IX. Für eine feministische Stadt! Emanzipatorische Kämpfe verbinden!

In Münster kämpfen starke Frauenbewegungen seit Jahrzehnten für Gleichstellung. Auch die erste Homosexuellen-Demo Deutschlands fand 1972 hier statt. Im Kampf gegen sexuelle und geschlechtliche Diskriminierungen haben wir gemeinsam schon viel erreicht. Doch auch im Jahr 2020 bleibt immer noch viel zu tun. Frauen verdienen noch immer wesentlich weniger als Männer, leisten noch immer den Großteil der Hausarbeit, pflegen öfter ihre Angehörigen und leisten den Großteil der Arbeit, wenn es um die Erziehung der Kinder geht. Und auch Personen aus der LGBTIQ-Community erfahren noch immer vielfältige Diskriminierungen im Alltag. Da ist Münster keine Ausnahme. Als LINKE sind wir der Überzeugung, dass geschlechtliche Vielfalt und Emanzipation ein besseres Leben für uns alle bedeuten. Lasst uns Pionier*innen für Toleranz und Gleichstellung sein!

Dafür steht DIE LINKE in Münster:

- dass sich alle Menschen in Münster, unabhängig von ihrem Geschlecht, sicher und frei entfalten können
- dass bisher diskriminierte Lebensentwürfe und Familienmodelle gleichberechtigt ausgelebt werden können
- Frauenberatungsstellen müssen finanziell und personell wesentlich besser ausgestattet werden
- dass Frauenhäuser in Münster finanziell stärker unterstützt werden, damit sie mehr Plätze schaffen können, um Frauen und Kinder vor häuslicher Gewalt zu schützen; Münster braucht mindestens ein weiteres neues Frauenhaus
- dass die Stadt Maßnahmen ergreift, um die Versorgung im Bereich Schwangerschaftsabbruch stark zu verbessern; die Stadt muss sich dafür einsetzen, dass mehr Frauenärzt*innen in Münster Schwangerschaftsabbrüche vornehmen; die Stadt muss sich beim Land dafür einsetzen, dass in der Universitätsklinik Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen werden können
- dass die Stadt Initiativen unterstützt, die sich für die Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen einsetzen
- dass Münster Vorreiterin darin wird, die kommunalen Gremien, insbesondere den Stadtrat, paritätisch zu besetzen und Maßnahmen ergreift, um die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und ehrenamtlicher Kommunalpolitik sicher zu stellen
- dass die Verwaltung durchgehend paritätisch besetzt wird
- dass Münster zur Vorreiterin dabei wird, Care-Arbeit

(z.B. Pflege und Erziehung), die noch immer meist von Frauen geleistet wird, aufzuwerten; dazu gehört, dass CareArbeit in städtischen Einrichtungen besser bezahlt werden muss und mehr Personal zur Verfügung stehen muss

- Dass mehr Stellen im Amt für Gleichstellung geschaffen werden
- dass gezielte Schulsozialarbeit betrieben wird, um Diskriminierung von LGBTIQ Personen sowie starre Geschlechterrollen abzubauen
- dass in der Verwaltung eine geschlechtsneutrale Schriftsprache zur Anwendung kommt
- dass es eine kostenlose Ausgabe von Verhütungsmitteln für junge Leute und Geringverdiener*innen gibt
- die durch das sogenannte „Prostituiertenschutzgesetz“ eingeführte Zwangsberatung von Prostituierten lehnen wir ab; stattdessen fordern wir die personelle und finanzielle Aufstockung von Beratungs- und Selbsthilfeprojekten wie „Marischa“
- dass die Stadt öffentliche Aufklärungs- und Informationskampagnen zu Themen, wie Schwangerschaftskonfliktberatung und Häusliche Gewalt, durchführt – vergleichbar mit vergangenen Kampagnen zum Beispiel zum gewissenhaften Umgang mit Alkohol
- dass die Stadt zusätzliche Übernachtungsgelegenheiten für obdachlose Frauen schafft; die Plätze im Gertrudenhaus reichen nicht aus
- Frauen, die sich aufgrund häuslicher Gewalt in Not-situationen befinden und aufgrund von Überbelegung keinen Platz in einem Frauenhaus bekommen können, müssen die Gelegenheit haben, kurzfristig auf Kosten der Stadt in einem Hotel untergebracht zu werden

X. Bildung und Kultur für eine lebenswerte Stadt

Gute Schulbildung unabhängig vom Geldbeutel

Die LINKE ist die Partei der gleichen, also gerechten und nachteilsausgleichenden Bildungschancen für alle. Bildung ist ein ein Grundrecht; sie muss öffentlich verantwortet und finanziert werden. Ziel unserer Bildungspolitik ist die Gemeinschaftsschule. Privatisierungen lehnen wir ab. DIE LINKE steht für die inklusive Schule für alle. Derzeit scheitert diese jedoch an zu wenig finanziellen Mitteln, zu wenig Lehr- und Fachkräften, einer fehlenden Barrierefreiheit und viel zu großen Schulklassen. Derzeit werden Kinder in jungem Alter nach kapitalistischer Verwertungslogik ausgesiebt und auf verschiedene Schulformen aufgeteilt. Statt gemeinsamem, kooperativem Lernen stehen Konkurrenz und Durchsetzungsfähigkeit im Vordergrund. So wird die soziale Spaltung der Gesellschaft fortgesetzt und reproduziert. Laut der OECD verfügt das deutsche Bildungssystem im europäischen Vergleich über die geringste soziale Durchlässigkeit. Nur durch längeres gemeinsames und kooperatives Lernen können die ungleichen Startbedingungen auf Grund des Elternhauses ausgeglichen und die Heranwachsenden auf ein solidarisches und verantwortliches gesellschaftliches Miteinander vorbereitet werden. Viele Schulen in Münster sind marode und tragen so nicht zu einem positiven Lernumfeld bei. Dies müssen wir ändern. Auch möchten wir Kinder aus finanzschwachen Familien unterstützen, denn eine gute Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Die zur Verfügung gestellten Gelder im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets sind bei weitem nicht ausreichend.

Dafür steht DIE LINKE in Münster:

- Renovierung der renovierungsbedürftigen Schulen; Neugestaltung der Schulgebäude, orientiert an den Erkenntnissen moderner Pädagogik (Lernräume für Gruppen- und Projektarbeit, Differenzierungsräume, moderne Sporthallen, Begegnungs- und Beratungsräume, Räume für Inklusion, ausreichend Außenbereiche) und den Anforderungen der Barrierefreiheit (insbesondere Einbau von Aufzügen, Leitsysteme für blinde und sehbehinderte Menschen, Höranlagen), um zukünftig eine vollkommene Schul-Wahlfreiheit für Schüler*innen mit Behinderung zu ermöglichen.
- Die digitale Infrastruktur muss auf den modernsten Stand ausgebaut werden
- Ein Materialfonds an jeder Schule für Schüler*innen aus ärmeren Familien
- Die Einflussnahme von Konzernen und konzernnahen Organisationen (z.B. Bertelsmann Stiftung oder Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft) auf Unterrichtsinhalte lehnen wir ab.
- Alle Schulen brauchen ein ausreichendes Ganztagsangebot; hierbei favorisieren wir den gebundenen Ganztags
- Schulen dürfen nur durch die Stadt selbst errichtet werden; Miet-Modelle lehnen wir ab
- Neue Schulen dürfen nur als Grund- oder Gesamtschulen konzipiert werden

■ Jede Schule braucht ein multiprofessionelles Team aus Schulsozialarbeiter*innen, Sonderpädagog*innen und Schulpsycholog*innen

■ Die Mehrsprachigkeit von Kindern muss positiv in den Unterricht einbezogen und gewürdigt werden

■ Jede Schule braucht eine gute Versorgung mit kostenfreiem und gesundem Schulmittagessen. Kostenfreie Schulesen sind Teil des Kampfes gegen Kinderarmut; gesund zu essen gehört zur Bildung und Förderung von Kindern

■ Das Schulesen muss bevorzugt aus biologischem Anbau, regional und saisonal sein; aus ökologischen Gründen ist das Angebot von Fleisch auf ein Minimum zu reduzieren; täglich muss mindestens ein vegetarisches sowie ein veganes Angebot vorhanden sein; auf religiöse Essensvorschriften, sowie Nahrungsmittelunverträglichkeiten ist Rücksicht zu nehmen

Studis aller Fächer vereinigt euch – für Hochschulen jenseits der Profitlogik

Viele tausend Studierende leben und arbeiten in Münster. Sie prägen das Stadtbild und tragen zur kulturellen Vielfalt der Stadt bei. DIE LINKE will alle Hochschulen in Münster, nicht nur die Uni, ausbauen, fördern und mehr Menschen das Studium ermöglichen. Hierzu gehört auch eine Öffnung der Hochschulen für beruflich Qualifizierte. Allen Studierenden muss die eigenständige inhaltliche Schwerpunktsetzung und der Zugang zu Hochschulabschlüssen gewährt werden. Bildung, Lehre und Forschung sollen eine Einheit bilden und nicht gegeneinander ausgespielt werden. Eine gute finanzielle Ausstattung der Hochschulen ist notwendig, damit die Hochschulen nicht am Tropf der Wirtschaftsförderung hängen und der damit einhergehenden Einflussnahme von Unternehmen unterliegen. Rüstungsforschung hat an der Hochschule nichts zu suchen. Stattdessen sollen Bildung und Wissenschaft im Dienst der Menschen zur sozialen, ökologischen und friedlichen Entwicklung der Gesellschaft beitragen. Wir wollen neue Freiräume für kritische Wissenschaft erkämpfen und erhalten. Hochschulpolitik ist größtenteils Ländersache, trotzdem wollen wir uns auch auf kommunaler Ebene für die Studierenden einsetzen.

Dafür steht DIE LINKE in Münster:

- eine weitere Demokratisierung der Hochschulen; studentische Vertretungen sind zu stärken ausreichend bezahlbarer Wohnraum für Studierende; die Stadt muss, mit Hilfe der Wohn+Stadtbau, das Studierendenwerk bei der Schaffung kostengünstigen Wohnraums unterstützen; Münster braucht umgehend 1000 neue Wohnmöglichkeiten für Studierende
- keine Einflussnahme von Konzernen, Rüstungsforschung und Bundeswehr an der Uni
- eine Verbesserung der BAFÖG-Förderung für finanziell bedürftige Studierende eine Verbesserung der personellen und räumlichen Ausstattung der Hochschulen
- Umfassende Barrierefreiheit der Hochschulen in Münster

Bildung kennt kein Alter - Erwachsenenbildung stärken

Lernen endet nicht mit dem Abschluss der Ausbildung oder des Studiums. Wir wollen Weiterbildung und lebenslanges Lernen als öffentliche Aufgabe und individuelles Recht. Ein wichtiger Baustein dafür in kommunaler Verantwortung ist z.B. das Bildungsangebot der Volkshochschule (VHS) und der Musikschulen. Insbesondere auf interkulturelle Bildung und die Förderung von Integration ist zu achten.

Dafür steht DIE LINKE in Münster:

- den Erhalt und Ausbau der VHS
- kostenlose Nutzung der VHS für Inhaber*innen des Münster-Passes
- Verbesserung und Ausbau der Integrationskurse für Migrant*innen
- gebührenfreie, öffentliche Angebote für allgemeine, kulturelle und politische Weiterbildung
- eine bedarfsdeckende Förderung bedürftiger Erwachsener in Ausbildung

Kulturelle Freiräume verteidigen, statt Leuchtturmprojekte fördern

Eine solidarische und vielfältige Gesellschaft benötigt kulturelle Freiräume für Lebensentwürfe außerhalb der egoistisch-kapitalistischen Leistungsgesellschaft. Momentan arbeiten die meisten Kulturschaffenden jedoch unter finanziell und räumlich prekären Bedingungen. Darüber hinaus förderte Münster in den vergangenen Jahren mit Vorliebe einige wenige Leuchtturmprojekte, während kleinere Kulturstätten, insbesondere solche mit interkulturellem Schwerpunkt, ums Überleben kämpfen. Kunst und Kultur dürfen aber nicht Zeitvertreib einiger weniger Wohlhabender sein, sondern an Kultur müssen alle Menschen teilhaben können – unabhängig von Einkommen, Alter, Geschlecht oder ethnischer Herkunft. Aufgabe der Stadt Münster sollte es sein, die Voraussetzungen für eine breite und blühende Kulturlandschaft zu schaffen.

Dafür steht DIE LINKE in Münster:

- Förderung kultureller Vielfalt, insbesondere der freien Kunst-, Kultur-, und Musikszene, statt einiger weniger Leuchtturmprojekte; Förderung insbesondere der

bisher benachteiligten Theater und Kulturstätten, wie z.B. des Kleinen Bühnenbodens, des Theaters Titanick und der Freien Künstlergemeinschaft Schanze e.V, sowie des Pumpenhauses

- Festanstellung von Künstler*innen und Lehrer*innen an Schulen, Musikschulen und Volkshochschulen statt ständiger Befristungen und des Einsatzes von Honorarkräften
- kostenloser Eintritt zu allen kommunalen Kultureinrichtungen, inklusive Theater, sowie kostenloser Zugang zu Musikschulen und Volkshochschule für Inhaber*innen des Münster-Passes
- Mehr Stadtteilkulturangebote in allen Stadtteilen; Aufstockung des Personals und der finanziellen Mittel der Stadtteilkulturzentren; Aufstockung der finanziellen Mittel sowie Planungssicherheit, insbesondere für Bennohaus, Gleis 22, Hawerkamp, B-Side und cuba e.V.
- Förderung von Selbstverwaltung nicht-kommerzieller kultureller Räume, z.B. der BSide
- Förderung interkultureller Veranstaltungen
- Einrichtung eines Kulturrates, der die Kulturschaffenden an der Arbeit des Rates und der Ausschüsse, insbesondere bei der Verteilung finanzieller Mittel für die freie Kulturszene, beteiligt
- Regelmäßige Ausstellungen, Lesungen und Filmvorführungen mit regionalen Künstler*innen
- vermehrte Prüfung des Ankaufs von Kunstwerken regionaler Künstler*innen durch die Stadt
- Kostenlose Nutzung der Stadtbibliothek; eine Stadtteilbibliothek in jedem Stadtteil sowie Ausbau des Bücherbusses
- altersgerechte Angebote für Kinder und Jugendliche
- stellung von Ausstellungs- und Proberäumen für die freie Szene; Erhalt der bestehenden Räume
- Aufstockung des Personals und der finanziellen Mittel der Villa ten Hompel
- Förderung einer engen Zusammenarbeit zwischen Kulturstätten, Kulturschaffenden und Schulen; mehr Kulturprojekte insbesondere in benachteiligten Stadtteilen, wie Kinderhaus, Coerde und Berg Fidel, sowie an den dortigen Schulen
- Wir unterstützen die Initiative Bahnstadt-Süd in ihrem Anliegen den alten Güterbahnhof als kulturellen Freiraum zu erhalten und weiterzuentwickeln.

XI. Demokratie selber machen

Echte Demokratie von unten - Im Parlament und auf der Straße

Demokratie ist mehr, als wählen zu gehen. Wahlen sind wichtig, aber viel zu oft führen sie eben nicht dazu, dass die Ansichten und Interessen der Mehrheit der Bevölkerung berücksichtigt und in konkrete Maßnahmen umgesetzt werden. Ob Sozialabbau (Hartz IV), Kriegseinsätze der Bundeswehr oder umweltzerstörende Politik im Sinne der Konzernlobby - die Beispiele in denen Demokratiedefizite in unserer Gesellschaft dazu führen, dass sich die Partikularinteressen der Superreichen und der Konzerne durchsetzen sind zahlreich. Der Kampf um mehr demokratische Teilhabe und um mehr Transparenz staatlichen Handelns ist immer auch ein Kampf von Unten gegen Oben. Gerade deshalb stehen wir als LINKE für die Demokratisierung

aller Lebensbereiche. Wir müssen unsere Wirtschaft demokratisieren, damit unser Wohlstand gerecht unter denen verteilt wird, die ihn erwirtschaften. Und wir müssen Politik und Verwaltung demokratisieren, um zu verhindern, dass weiterhin ein Filz aus Wirtschafts-Lobby und Karrierepolitiker*innen an den Interessen und Bedürfnissen der Bevölkerung vorbei regiert. Erreichbar ist dieses Ziel nur durch einen umfassenden Umbau unserer Gesellschaft auf vielen Ebenen. Dazu gehört zum Beispiel die deutliche Ausweitung der Rechenschaftspflicht von Mandatsträger*innen, insbesondere der Regierenden, gegenüber den Wähler*innen. Wir wollen, dass jederzeit leicht ersichtlich ist, ob Wahlversprechen und Regierungshandeln tatsächlich im Einklang stehen. Dazu gehört natürlich auch die Dezentralisierung von Medienmacht. Deshalb stehen wir

als LINKE für die Förderung von Bürger*innenmedien, die oft viel kritischer als die Leitmedien das Handeln der Herrschenden hinterfragen. Gerade die Kommunalpolitik bietet Perspektiven für demokratische Teilhabe. Vor Ort werden viele Themen verhandelt, die die Menschen direkt in ihrem Alltag betreffen. Deshalb muss das kommunale Mandat gestärkt und seine ehrenamtliche Ausübung attraktiver und besser mit Familie, Beruf und Freizeit vereinbar werden. Damit die Kommunen ihren Aufgaben gerecht werden können und Partizipation vor Ort überhaupt möglich ist, braucht es generell starke und finanziell gut ausgestattete Kommunen. Deshalb fordern wir als LINKE die Aufwertung der Kommunen innerhalb des föderalen Systems in Deutschland. Darüber hinaus findet Politik jedoch auch und gerade außerhalb der Parlamente statt. So haben wir gerade in Münster erlebt, dass durch Druck aus der Bewegung, insbesondere durch die „Seebrücke Münster“, die Schwarz-Grüne Ratskoalition mit Hilfe eines Bürgerbegehrens dazu gebracht werden konnte, Münster zum „Sicheren Hafen“ zu machen. Damit konnte eine Forderung, die von einer breiten Bevölkerungsmehrheit getragen wird, auch gegen den Willen der Ratskoalition durchgesetzt werden. Wir als LINKE begrüßen ausdrücklich derartiges außerparlamentarisches Engagement und werden uns auch zukünftig an solchen Initiativen beteiligen und diese auf vielfältige Weise unterstützen.

Dafür steht DIE LINKE in Münster:

- Eine transparente Verwaltung: Das Informationsfreiheitsgesetz muss in Münster konsequent umgesetzt werden, um das Recht der Einwohner*innen auf Informationen von Behörden und öffentlichen Unternehmen zu stärken; darüber hinaus müssen diese verpflichtet werden, zentrale Informationen, wie Verträge der öffentlichen Hand oder interne Gutachten aktiv online zu veröffentlichen
- Die Wiedereinführung der kommunalen Stichwahlen, bzw. den Stopp ihrer Abschaffung; der Wegfall eines zweiten Wahlgangs bei Oberbürgermeisterwahlen ist undemokratisch und benachteiligt kleinere Parteien
- Keine Privatisierung öffentlichen Eigentums; Rekommunalisierung von Flächen, Wohnraum und öffentlichen Einrichtungen; demokratische Kontrolle setzt öffentliches Eigentum voraus
- Schaffung einer barrierefreien Verwaltung – vom Formular über die Webseite bis zum Gebäude.
- Herausgabe aller Schriftstücke der Verwaltung auch in Leichter und einfacher Sprache
- Auch Menschen aus nicht EU-Mitgliedsländern sollen Bürgeranträge stellen und an Bürgerbegehren teilnehmen können
- Stärkere finanzielle Unterstützung von Initiativen, Verbänden, Vereinen und anderen Vertreter*innen zivilgesellschaftlichen Engagements
- Die Stadt soll Maßnahmen ergreifen um die Einwohner*innen proaktiv über ihre Mitgestaltungsmöglichkeiten und Rechte in Bezug auf kommunalpolitische Entscheidungen zu informieren
- Bürger*innenversammlungen zu allen wichtigen kommunalpolitischen Themen
- Die Einrichtung einer Ombudsstelle, bei der die Einwohnerinnen und Einwohner ihre Probleme im Umgang mit der Verwaltung anbringen können

- Eine Übertragung der Ratssitzungen per Livestream und dauerhafte Verfügbarkeit im Internet; möglichst viele Einwohner*innen sollten die Gelegenheit bekommen die Ratssitzungen zu verfolgen

Bürgermedien -

Die vierte Gewalt demokratisch und von unten

DIE LINKE. setzt sich für lokale stadt- und stadtteilbezogene Berichterstattung ein. Öffentlich-rechtliche, insbesondere regionale und lokale Medien, in denen auch Bürger selbst zu Wort kommen können, sollen gestärkt werden. Sie bilden eine Gegenöffentlichkeit zu den Massenmedien, die sich in der Hand weniger großer Konzerne befinden. Die große Macht einiger weniger Medienkonzerne ist eine Gefahr für die Demokratie. In Bezug auf Münster bewerten wir die monopolartige Stellung der konservativen Verlegerfamilie Hüffer bei der lokalen Berichterstattung als Eigentümerin von Westfälischen Nachrichten, Münstersche Zeitung und Radio Antenne Münster als problematisch. Mit dem Medienforum und dem Bennohaus hat Münster bereits zwei hervorragende Institutionen, die für ihre Programme weit über Münster hinaus bekannt sind. Dies ist nur möglich, weil sich Menschen ehrenamtlich bzw. weit über ihre dortige Anstellung hinaus persönlich engagiert haben. Die personell und finanziell prekäre Situation in beiden Institutionen wollen wir ändern.

Dafür steht DIE LINKE in Münster:

- Mehr Personalstellen sowie mehr finanzielle Mittel für das Medienforum Münster
- Antenne Münster sollte mehr Sendezeit – auch zu bevorzugten Zeiten – für den Bürgerfunk zur Verfügung stellen
- Mehr Personalstellen sowie mehr finanzielle Mittel für das Bennohaus bzw. den Arbeitskreis Ostviertel e.V.
- Neuschaffung weiterer Medienprojekte in anderen Stadtteilen

Digitalisierung sozial gerecht und demokratisch nutzen - Technologie nicht den Konzernen überlassen

Im Bereich der Digitalisierung erleben wir in den letzten Jahrzehnten enorme Fortschritte. Eine solche Entwicklung birgt Chancen und Risiken. Auf der einen Seite profitieren viele Menschen von den modernen Kommunikationsmöglichkeiten, dem geradezu grenzenlosen Zugang zu Informationen und dem Komfort, den die Digitalisierung in vielen Lebensbereichen ermöglicht. Andererseits leiden aber auch viele Menschen unter der ständigen Beschleunigung, der Unübersichtlichkeit und dem Verlust der Kontrolle über die eigenen Daten und die Privatsphäre. Wir als LINKE betrachten Digitalisierung daher nicht nur als wirtschaftlichen Standortfaktor, sondern ganz besonders auch als soziale Frage. Wir treten ein für eine fortschreitende Digitalisierung der Gesellschaft. Aber für eine demokratische und demokratisch organisierte Digitalisierung, von der alle Menschen gleichermaßen profitieren und die nicht an den Profitinteressen von Konzernen ausgerichtet ist. Trotz der enormen Bedeutung der digitalen Infrastruktur kommt der Ausbau in Deutschland jedoch seit Jahren kaum voran. Vor allem

in den Bereichen Netzabdeckung, Breitbandausbau und Digitalisierung von Verwaltungsprozessen wird der Rückstand zu anderen Ländern immer größer. Die Bundesregierung nimmt das Thema offensichtlich nicht ernst und schwadroniert stattdessen davon, dass das Internet für uns alle „Neuland“ sei. Statt dieser naiven und verantwortungslosen Haltung fordern wir ein Investitionsprogramm für einen zeitgemäßen Auf- und Ausbau digitaler Infrastruktur unter besonderer Berücksichtigung sozialer Schieflagen. So muss unter der Prämisse gleichwertige Lebensverhältnisse herstellen zu wollen gerade auch die digitale Anbindung ländlicher Regionen gefördert werden. Verhindert werden Verbesserungen in diesem Bereich nicht nur durch den fehlenden politischen Willen der etablierten Parteien, sondern gerade auch durch die Profitlogik der Digitalkonzerne. Gleichwertige Lebensverhältnisse kann es im Kapitalismus nicht geben. Wir setzen uns daher dafür ein, dass digitale Infrastruktur in öffentlichem Eigentum verbleibt oder in dieses übergeht.

Gerade auf kommunaler Ebene bietet die Digitalisierung der Verwaltung große Chancen, insbesondere für Menschen, die nicht sehr mobil sind, Kinder erziehen, Angehörige pflegen, im Schichtdienst arbeiten oder durch Armut von gesellschaftlicher Teilhabe teilweise ausgeschlossen sind. Gerade für diese Personengruppen, aber auch für die meisten anderen Menschen, ist es oft schwierig weite Anfahrten und lange Wartezeiten in Kauf zu nehmen, um notwendige Behördengänge zu erledigen. Die digitale Kommune muss aber nicht nur für alle einfach zugänglich sein, sondern auch einen ganz besonderen Wert auf Datenschutz legen. Die zahlreichen Skandale der letzten Jahre in diesem Bereich haben das Vertrauen vieler Menschen in IT-Systeme erschüttert. Um dieses Vertrauen zurück zu gewinnen muss sich die Stadt dafür einsetzen, dass Datenschutz in der kommunalen IT höchste Priorität genießt. Außerdem muss jede Weitergabe von personenbezogenen Daten an Dritte, insbesondere private Konzerne, unterbunden werden. Eine Ausnahme davon kann lediglich gemacht werden, wenn anonymisierte Daten, die von öffentlichem Interesse sind, für „Open-Data“ Projekte zur Verfügung gestellt werden. Darüber hinaus soll Münster die Verwendung von Open Source Software vorantreiben. Dadurch würde die Stadt nicht nur hunderttausende Euro an Lizenzkosten sparen, sondern auch von den höheren Sicherheits- und Datenschutzstandards von Open Source Software profitieren. Außerdem könnte so die Abhängigkeit der Stadt von einzelnen Digitalkonzernen verringert oder gar beendet werden. Gegen welche Widerstände solche Projekte durchgesetzt werden müssen, hat zuletzt das Ringen um das weltweit viel beachtete „Limux“ Projekt in München gezeigt. Dieses wurde 2017 auf enormen Druck von Microsoft hin von der CSU eingestellt. So haben sich Konzerninteressen wieder einmal gegen technologischen Sachverstand, Datenschutz und ökonomische Vernunft durchgesetzt. Damit die fortschreitende Digitalisierung unserer Gesellschaft von der ganzen Stadtbevölkerung mitgetragen werden kann und alle Menschen von den Möglichkeiten der Digitalisierung profitieren können, sollte die Stadt dafür sorgen, dass lokal kostenlose IT Weiterbildungsangebote bereitgestellt und beworben werden. Insbesondere müssen unsere Schulen technologisch bes-

ser ausgestattet werden und digitales Lernen muss von Anfang an integraler Bestandteil der Schulbildung sein, um den Kindern früh die Grundkenntnisse zu vermitteln, die notwendig sind um sich kompetent und mit kritischem Blick in unserer digitalen Welt zurecht zu finden.

Smart City – Die digitale Stadt von morgen darf niemanden zurücklassen

Smart City ist eines der Schlagwörter, wenn es um die Digitalisierung der Kommunen geht. Mit Smart City ist ein Entwicklungskonzept gemeint, das darauf abzielt, Städte und Gemeinden effizienter, ökologischer und sozial inklusiver zu gestalten. Sie ermöglichen zum Beispiel vernetzte und emissionsarme Verkehrsangebote von Tür zu Tür, eine Reduzierung des Lieferverkehrs von Paketdiensten oder die effiziente Speicherung von erneuerbaren Energien. Aber nicht alles, was smart ist, ist deswegen automatisch gut. Es kann auch ein Einfallstor für Großkonzerne und Datenräuber sein. Deswegen müssen die Kommunen dafür sorgen, dass die Interessen der Einwohner*innen immer im Fokus stehen. Smart-City Projekte sind kein Selbstzweck und müssen in jedem Einzelfall auf Sinnhaftigkeit geprüft werden. Außerdem dürfen sie keine Menschen aus finanziellen Gründen oder wegen mangelnder Kenntnisse ausschließen. Werden externe Unternehmen beauftragt, muss außerdem gemäß Datenschutzgrundverordnung genau festgelegt werden, wo und unter welchen Umständen erhobene Daten verarbeitet werden und wer auf sie Zugriff hat. Keinesfalls dürfen erhobene Daten zum Eigentum der Unternehmen werden. Wir wollen eine Ausweitung von sozialökologischen Smart City-Projekten, die für die Menschen eine Erleichterung des täglichen Lebens, der Mobilität und der Partizipation bedeuten. Senioren, Menschen mit Behinderung oder Einkommensschwache müssen alle von solchen Projekten profitieren können.

Dafür steht DIE LINKE in Münster:

- Schnelles Internet für Alle; dazu gehören Breitbandanschlüsse für alle Haushalte und Unternehmen, der Ausbau von zugänglichen WLAN-Punkten und der flächendeckende Ausbau mit schnellem Mobilfunk
- Den Verbleib beziehungsweise die Überführung der digitalen Infrastruktur in öffentliche Hand; der Ausbau weiterer Breitbandanschlüsse soll mit Unterstützung von Bund und Land gleich durch die Kommune erfolgen
- Smart City Projekte in Städten und Gemeinden, die die Lebensumstände der Menschen verbessern und niemanden zurücklassen
- Förderung von zivilgesellschaftlichen Initiativen rund um IT-Kompetenz und Infrastruktur, wie z.B. „Verein Bürgernetz“ oder „Freifunk“
- Umfassenden Datenschutz für alle Einwohner*innen und die Hoheit der Kommune über ihre Daten; der kommunale Datenreichtum gehört nicht den Konzernen, sondern der Allgemeinheit
- Die Ausweitung digitaler Angebote der kommunalen Verwaltungen, um Behördengänge möglichst niedrigschwellig und ohne Anreise oder Wartezeiten erledigen zu können
- Eine umfassende öffentliche Mitbestimmung für Digitalisierungsprojekte; ihre Koordinierung durch Digi-

talisierungsbeauftragte und politische Kontrolle durch entsprechende Ausschüsse in den Kommunen

■ Kostenfreie Weiterbildungsangebote für digitale Einsteiger*innen, damit alle etwas von der digitalen Kommune haben können

■ Die Einführung von Open Source-Software in den Kommunen, um die Unabhängigkeit von digitalen Großkonzernen zu gewährleisten

■ Eine nicht-kommerzielle Nutzung der Stadt als digitalem Raum; denn die Stadt ist keine Geldanlage, sondern der Ort, an dem die Menschen leben

■ Verteidigung der Netzneutralität auf allen Ebenen, ein demokratisches und vielfältiges Internet ist nur möglich, solange es keine kostenpflichtigen digitalen "Überholspuren" gibt

Religion und Staat trennen, religiöse Minderheiten schützen

Wir treten ein für den Schutz weltanschaulicher und religiöser Minderheiten und das Recht eines jeden Menschen, sich zu einer Weltanschauung oder Religion zu bekennen. Allerdings darf gleichfalls niemand, der sich nicht oder anders bekennt, in irgendeiner Weise benachteiligt werden. Grundrechte und Arbeitnehmer*innenrechte müssen auch in den Einrichtungen von Kirchen und Religionsgemeinschaften Geltung haben - auch das Betriebsverfassungsgesetz und das Streikrecht. DIE LINKE befürwortet die institutionelle Trennung von Staat und Kirche.

Dafür steht DIE LINKE in Münster:

■ dass alle Träger, die staatliche Mittel erhalten, das

Streikrecht, das Betriebsverfassungsgesetz und einen nicht diskriminierenden Umgang mit Arbeitnehmer*innen gewährleisten

■ die Beendigung der Diskriminierung von Konfessionslosen durch kirchliche Arbeitgeber*innen

■ dass jede öffentlich geförderte Einrichtung, insbesondere der Schulunterricht, frei wird von kirchlicher oder religionsgemeinschaftlicher Einflussnahme ist

Ehrenamtliches Engagement stärken, Ausbeutung verhindern

Ehrenamtliches Engagement finden wir insbesondere für Kinder und Jugendliche im Sport und im schulischen Bereich, im Umwelt- und Tierschutz, der Flüchtlingshilfe sowie in der Alten- und Krankenbetreuung. Die von Menschen im Ehrenamt geleistete Arbeit verdient gesellschaftliche Anerkennung. Kritisch sehen wir jedoch die Verschiebung gesellschaftlich notwendiger Tätigkeiten ins Ehrenamt. Das Ehrenamt darf kein Ersatz für regulär bezahlte Arbeitsplätze sein. Gerade dort wo Ehrenamtliche, z.B. durch Mehrfachanforderungen von Beruf und Ehrenamt, überlastet sind, müssen öffentliche Stellen zur Entlastung geschaffen werden. Den Missbrauch Ehrenamtlicher als kostenlose Arbeitskräfte lehnen wir ab. Auszeichnungen können keine Entschädigung für geleistete Arbeit sein. In Bereichen, die nur als Ehrenamt sinnvoll zu organisieren sind, muss die Stadt unterstützend tätig werden, um den bürokratischen Aufwand für Ehrenamtliche zu minimieren.

XII. Demokratisch planen, gerecht finanzieren

Kommunale Finanzen stärken, statt Münster kaputtsparen

Die Haushalts- und Finanzpolitik in Münster bildet die Grundlage dafür, auch in Zukunft politische Gestaltungsmöglichkeiten in unserer Stadt zu haben. Generell ist aber festzustellen, dass die Regierungsparteien in Bund und Land seit Jahren ignorieren, dass die kommunalen Finanzmittel insgesamt unzureichend sind. Mit der Energiewende, der Anpassung an den Klimawandel, dem Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, mit der Verbesserung des Bildungswesens und der Schaffung von ausreichend Wohnraum stehen enorme Investitionen und Anforderungen für die Kommunen und deren städtische Unternehmen an. Die Verschuldung für Münster lag zu Beginn der Legislaturperiode im Jahre 2014 noch bei 745 Millionen Euro. Bis Ende 2022 soll diese auf etwa 1,345 Milliarden Euro ansteigen, so die Prognose des in Münster bis Dezember 2019 tätigen Stadtkämmerers. Trotz ihrer stetig wachsenden Neuverschuldung, hat die Stadt Münster bislang eine Haushaltssicherung vermeiden können. Angesichts der sich derzeit eintrübenden Konjunktur ist es aber keinesfalls garantiert, dass das so bleibt. Den Haushalt allein durch kommunale Sparmaßnahmen zu konsolidieren, ist nach unserer Auffassung grundsätzlich der falsche Weg. Höhere Steuern und Abgaben für Unternehmen und Reiche sind zwar auch kommunal sinnvoll, ändern aber nichts an der strukturellen Unterfinanzierung der Kommunen. Diese hat oft die Verteu-

erung oder Schließung kommunaler Einrichtungen und Infrastruktur zur Folge. Besonders hart treffen diese Entwicklungen Menschen, die von Niedriglöhnen leben müssen oder auf Sozialleistungen angewiesen sind.

Gegen die systematische Unterfinanzierung unserer Städte und Gemeinden hilft Steuergerechtigkeit. DIE LINKE hat ein detailliertes Steuerkonzept vorgelegt, das arme Haushalte und die Mittelschicht entlasten, und das Geld bei den extrem Reichen holen würde. Durch die Einführung einer Millionärssteuer, eine Reform der Erbschaftsteuer, eine gerechte Unternehmensbesteuerung und einen entschlossenen Kampf gegen Steuerflucht könnten bundesweit bis zu 180 Milliarden Euro jährlich mehr eingenommen werden. Teil unseres Steuerkonzeptes ist die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer Gemeindefinanzsteuer: Alle privatwirtschaftlichen Einkünfte in einer Kommune werden erfasst und direkt besteuert - mit einem angemessenen Freibetrag für kleine Unternehmen. Diese Steuer brächte den Kommunen 25 Milliarden Euro im Jahr ein. Doch es gibt auch Sparpotentiale in Münster. Um den dramatisch überschuldeten Flughafen Münster Osnabrück (FMO) am Laufen zu halten haben die beteiligten Kommunen im Jahr 2014 entschieden, ihn mit 100 Millionen Euro Steuermitteln - über 8 Jahre verteilt - zu subventionieren.

Dieser Flughafen trägt sich nicht selbst. 2017 lag das Jahresergebnis bei minus 21,75 Millionen Euro, 2018 bei minus 6,5 Millionen Euro. Umgerechnet wurde

2018 jedes startende oder landende Flugzeug mit 300 Euro aus Steuermitteln bezuschusst. Diese Subventionierung von Flugreisen ist weder ökonomisch noch ökologisch sinnvoll und konterkariert die umweltpolitischen Anstrengungen zur Reduzierung von Treibhausgasen. Deutschland ist eines der reichsten Länder der Welt. Seit Jahren fährt der Bund Milliardenüberschüsse aus Steuern ein, die trotz Investitionsstau und Niedrigzinsen nicht genutzt werden. Es ist also eigentlich genug Geld für die Kommunen da - es muss nur gerecht und sinnvoll verteilt werden. Deswegen beteiligt sich DIE LINKE. Münster auch nicht an Sparhaushalten. Vielmehr fordern wir eine Erweiterung der finanziellen Spielräume der Kommunen durch eine gerechtere Verteilung der Bundes- und Landesmittel. Das Damoklesschwert der Haushaltssicherung muss abgeschafft werden, damit die Kommunen ihren vielfältigen Aufgaben im Bereich der Daseinsvorsorge endlich gerecht werden können.

Dafür steht DIE LINKE in Münster:

- die Wiederanhebung des Steueranteils der Kommunen von 23 Prozent auf 28 Prozent
- die Rücknahme des sogenannten Stärkungspakts, der die kommunale Selbstverwaltung weitgehend aufhebt
- die Einhaltung des Konnexitätsprinzips: Wenn Bundes- oder Landesebene Aufgaben an die Kommunen übertragen, müssen sie auch für die Finanzierung sorgen
- Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer Gemeindefortschrittssteuer; bis dahin Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes auf das Niveau vergleichbarer Städte
- den Ausstieg aus dem Flughafen Münster-Osnabrück (FMO)
- dass die Gewinnabführung der Wohn- und Stadtbau an die Stadt Münster abgeschafft wird und diese stattdessen für neue Bauvorhaben genutzt wird
- keine Anhebung der Grundsteuer B, solange diese über die Betriebskosten auf die Mieterinnen und Mieter abgewälzt werden kann
- keine Finanzierung von Prestige-Objekten wie VIP-Zelten auf Veranstaltungen für die »Schönen und Reichen« durch die Stadtkasse
- DIE LINKE Münster wird keinen Kürzungen von Sozialleistungen, keinen Kürzungen bei progressiven Vereinen und Initiativen und keinem Personalabbau bei der Stadt Münster zustimmen

Ein neuer Stadtteil für Münster!? Wachstumsschmerz oder Aufbruch zu neuen Ufern?

Münster ist eine wachsende Stadt. Dieses Wachstum wird mittelfristig dazu führen, dass Münster einen neuen Stadtteil benötigt, um die übermäßige weitere Nachverdichtung und Versiegelung der bestehenden Stadtteile zu vermeiden und der eskalierenden Preisspirale auf dem Wohnungsmarkt entgegenzuwirken. Nachverdichtungen dürfen insbesondere aus Gründen des Umwelt- und Klimaschutzes und der Lebensqualität der Einwohner*innen nur mit dem gebotenen Augenmaß stattfinden. Um die Flächenversiegelung möglichst gering zu halten, sollte ein neuer Stadtteil mit möglichst wenigen Einfamilienhäusern auskommen. Mehrfamilienhäuser sind platzsparender, energetischer

sinnvoller und ermöglichen im Gegenzug mehr Grünflächen für alle Einwohner*innen. Eine gute Anbindung an den (insb. schienengebundenen) ÖPNV und eine allgemeine Ausrichtung auf autoarmes Wohnen hält DIE LINKE für unabdingbar. Die Verkehrsinfrastruktur ist vorrangig für Fußgänger, Radfahrer und den ÖPNV zu planen. Um unnötige Wege zu vermeiden und nicht noch mehr Pendler zu generieren, sollte dieser Stadtteil keine reine Schlafstadt sein, sondern vielmehr auch über die nötige Infrastruktur verfügen (insb. Handwerk, kleine Supermärkte und Geschäfte für den täglichen Bedarf, Arztpraxen, soziale Zentren, Sportstätten, Kitas und Schulen). Arbeiten und Wohnen sollten in unmittelbarer Nähe zueinander stattfinden. Diese Maßnahmen können dazu beitragen, dass die Fehler des sozialen Wohnungsbaus der 60er und 70er Jahre nicht wiederholt werden. Bei großen und größer werdenden Städten besteht die Gefahr, dass Frischluftschneisen zugebaut werden. Wir werden daher keinem neuen Stadtteil zustimmen, der die Frischluftzufuhr in Münster einschränkt. Um ein bezahlbares Mietniveau zu garantieren, sollten die Grundstücke dieses Stadtteils grundsätzlich im Eigentum der Stadt verbleiben, die Bebauung sollte durch die Wohn+Stadtbau vorgenommen werden. An genossenschaftliche Wohnprojekte und Mehrgenerationenhäuser wollen wir Grundstücke in Erbpacht vergeben. Grundsätzlich muss ein solcher neuer Stadtteil unter Beteiligung der Münsteraner Bürger*innen konzipiert werden.

Leben, Arbeiten und Wohnen in der Region - Das Münsterland

DIE LINKE. Münster sieht in der Stärkung der regionalen Zusammenarbeit einen Weg zur Überwindung der wachsenden Gegensätze zwischen der Stadt Münster und dem Münsterland zugunsten gleichwertiger Lebensbedingungen. Die kommunale Politik in Münster und den Münsterland-Kreisen Borken, Coesfeld, Steinfurt und Warendorf ist zu großen Teilen von Standortkonkurrenz geprägt. Diese produziert vereinzelt Gewinner, aber auch Verlierer. DIE LINKE. Münster stellt sich gegen eine Politik der Standortkonkurrenz und des „Kirchturmdenkens“. Wirtschaftliche Fortschritte und soziale Sicherheit in einer Kommune dürfen nicht durch Nachteile in anderen erkaufte werden. Ein Beispiel für kontraproduktives Nullsummenspiel-Denken stellt die Kontroverse um die geplante Gesamtschule Roxel dar. Statt ein bedarfsgerechtes und wohnortnahes Angebot an Gesamtschulen zu schaffen, führen Münster und Havixbeck einen unnötigen Streit auf Kosten der Schüler*innen. Wie dringend notwendig eine engere Zusammenarbeit der Stadt Münster mit den anderen Kommunen des Münsterlandes ist, machen die stetig steigenden Pendelbewegungen beim Berufsverkehr und die problematische Situation des öffentlichen Nahverkehrs deutlich. Aber auch im Hinblick auf die Regionale Zusammenarbeit von Krankenhäusern (Krankenhausverbände mit Arbeitsteilung zwischen Spezialisierung, Grund- und Regelversorgung) ist dies geboten. Zudem ist eine interkommunale Zusammenarbeit in Bezug auf kommende Klimafolgen notwendig. Aber auch der Bau schneller Internetleitungen, welche die Voraussetzung für den 5G-Ausbau in der Fläche sind, kann ein Beitrag sein, um die Gleichheit der Lebensverhältnisse zu gewährleisten. Die Vorausset-

zungen für die Entwicklung regionaler, demokratisch organisierter Zusammenarbeit z.B. von kommunalen Zweckverbänden oder anderen politischen Zusammenschlüssen muss dabei durch das Land NRW gestärkt werden. Die Rolle der politischen Mittelinstanzen und ihr regionaler Zuschnitt müssen überprüft und der Entwicklung des Zusammenwachsens von Regionen angepasst werden. DIE LINKE. Münster setzt auf eine Strategie nachhaltiger Regionalpolitik, die auf ökologischen und sozialen Zielsetzungen basiert. Dazu gehört die Verbesserung des rechtlichen Rahmens zur Erarbeitung von Flächennutzungs- und Bebauungsplänen, die kommunale Grenzen überschreiten, um z.B. gemeinsame Gewerbegebiete entwickeln zu können. Ebenso gehört dazu die Erweiterung der Einspruchsmöglichkeiten von Nachbarkommunen beispielsweise beim Bau oder der Erweiterung von Projekten wie Einkaufszentren, die die Interessen der Nachbarkommunen berühren. Ein weiterer Baustein ist die Stärkung kommunaler Unternehmen, damit sie auf ihren regio-

nen Markt wirksam Einfluss nehmen können. Darüber hinaus ist es erstrebenswert, im Rahmen solidarischer Landwirtschaft Möglichkeiten der regionalen und saisonalen Direktvermarktung für Agrarbetriebe aus der Region zu initiieren und zu unterstützen. Generell bleibt festzustellen, dass sich die Aufgaben der Daseinsvorsorge immer weniger in den Grenzen einer Stadt oder eines Landkreises bewältigen lassen. Bei der Versorgung mit Strom, Gas und Wasser oder der Abfallbeseitigung ist oft regionale Kooperation zwingend erforderlich.

DIE LINKE Münster fordert:

- Interkommunale Kooperation statt Standortkonkurrenz.
- Ausstattung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (LWL) mit ausreichenden finanziellen und personellen Mitteln. Insbesondere muss eine schnelle Bearbeitung von Anträge gewährleistet werden, was derzeit oft nicht der Fall ist.

Eintrittserklärung

Hiermit erkläre ich,

Name, Vorname* _____

meinen Eintritt in die Partei DIE LINKE, Mitglied der Partei der Europäischen Linken (EL).

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen des Programmes der Partei DIE LINKE, erkenne die Bundessatzung an und bin nicht Mitglied einer anderen Partei im Sinne des Parteiengesetzes.

Weitere Angaben zu meiner Person

Straße* _____

Hausnummer* _____

Geburtsdatum* _____

PLZ* _____

Ort* _____

Telefonnummer _____

Bundesland* _____

E-Mail-Adresse _____

Soziale Netzwerke (Facebook, Twitter, Google+ etc.) _____

Beruf _____

Tätig als _____

Ich war früher bereits Mitglied einer Partei im Sinne des Parteiengesetzes. Wenn ja, in welcher?*

Politische Interessen (Themenfelder) _____

Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in ihrer Bundesgeschäftsstelle und den Gliederungen entsprechend den Bestimmungen der EU-Datenschutzgrundverordnung zum Zwecke des Nachweises der Mitgliedschaftsvoraussetzung, der Nachweisführung gemäß Parteiengesetz, der statistischen Auswertung und innerparteilichen Kommunikation verarbeitet. Weitere Hinweise zur Datenverarbeitung und Ihren Rechten unter www.die-linke.de/datenschutz

Einwilligung in die parteiinterne Bekanntmachung

Ich erkläre mich damit einverstanden, dass mein Eintritt nach §2 (2) der Bundessatzung parteiöffentlich bekannt gegeben wird. Parteiöffentliche Bekanntmachung bedeutet, dass Neumitglieder zum Beispiel auf einer Mitgliederversammlung oder in einer internen Publikation des Kreisverbandes namentlich erwähnt werden.

Ort, Datum _____

Unterschrift _____

*) Pflichtfelder

Ich möchte meinen Mitgliedsbeitrag bequem abbuchen lassen!

Mit dieser Bankeinzugsermächtigung berechtere ich die Partei DIE LINKE, bis auf Widerruf Zahlungen des Mitgliedsbeitrages von unten genanntem Konto mittels Lastschriftinzug einzuziehen. Zugleich wird das Kreditinstitut angewiesen, die auf das Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Innerhalb von acht Wochen kann, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangt werden. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.*

Name, Vorname des Mitglieds _____

Straße _____

Hausnummer _____

Geburtsdatum _____

PLZ _____

Ort _____

Bundesland _____

Name, Ort des Geldinstituts/der Bank _____

IBAN

BIC

Der abzubuchende Mitgliedsbeitrag für **DIE LINKE** beträgt _____ Euro/Monat.

Die Abbuchung soll ab Monat _____ erfolgen.

Der Jahresbeitrag für die **Europäische LINKE** (EL) beträgt _____ Euro
(Mindestjahresbeitrag 6 Euro), und ist jeweils im Monat Mai abzubuchen.

Die Bank ist zur Einlösung nicht verpflichtet, wenn keine Deckung vorhanden ist.

Name und Unterschrift des Kontoinhabers/der Kontoinhaberin (wenn abweichend vom Mitglied) _____

Ort, Datum _____

Unterschrift des Mitglieds _____

Bitte bei dem zuständigen Kreis- oder Landesverband abgeben oder einsenden an:
Parteivorstand der Partei DIE LINKE, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Bei Fragen zur Mitgliedschaft bitte wenden an: mitglieder@die-linke.de oder 030/24009 555

*) Mandatsreferenz und Gläubiger-Identifikationsnummer zum Lastschriftverfahren werden nachgereicht.

www.die-linke-münster.de